

Abonnements-Bedingungen:
Kontinents-Preis...
Ausland-Preis...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonabend, den 10. März 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Die Gewerkschaften und Herr von Schorlemer.

Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Frhr. v. Schorlemer, hat sich in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 7. März d. J. gegen die Vorwürfe gewehrt...

Was hatten die Gewerkschaften und Angestelltenverbände dem preussischen Landwirtschaftsminister vorgeworfen? Sie hatten zunächst in der Eingabe an den Reichskanzler behauptet, daß das Kriegsernährungsamt in einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte...

Trommelfeuer und Angriff südlich Ripont - Scheiternder Vorstoß gegen Höhe 304 - Höhenkamm des Magharos erstürmt - Luftkampf-Bilanz im Februar.

Amlich, Großes Hauptquartier, den 9. März 1917. (W. T. S.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Wieder war die Kriegerisätigkeit in der Front nur in der Champagne gesteigert; wo sich sonst das Feuer verdichtete, galt es der Vorbereitung eigener und feindlicher kleiner Kampfhandlungen...

band abgemüht habe, wenn es die Bauern dazu brächten, in ihrer Mehrheit aus dieser Zeit der Not Kapital zu schlagen und sich an Blutgeld zu bereichern!
Der Landrat von Braunsberg nannte das Zurückhalten von Lebensmitteln aus schmöder Gewinnsucht in letzter Zeit ehrlos und verbrecherisch...

Im Februar haben wir 24 Flugzeuge verloren. Unsere Gegner haben im Westen, Osten und auf dem Balkan 91 Flugzeuge eingebüßt...

Abendbericht.
Amlich, Berlin, 9. März. Abends.
Bei wechselnder Sicht war an vielen Stellen der Westfront die Geschäftstätigkeit reger...

Der österreichische Bericht.
Wien, 9. März 1917. (W. T. S.) Amlich wird verlautbart:
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenst.
Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Desfer, Feldmarschallleutnant.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts zu melden.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.
Zwischen dem U3 und dem Osbanhos-Tale bemächtigten sich österreichisch-ungarische Regimenter, verstärkt durch deutsche Abteilungen...

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts zu melden.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.
Zwischen dem U3 und dem Osbanhos-Tale bemächtigten sich österreichisch-ungarische Regimenter, verstärkt durch deutsche Abteilungen...

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts zu melden.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.
Zwischen dem U3 und dem Osbanhos-Tale bemächtigten sich österreichisch-ungarische Regimenter, verstärkt durch deutsche Abteilungen...

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts zu melden.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.
Zwischen dem U3 und dem Osbanhos-Tale bemächtigten sich österreichisch-ungarische Regimenter, verstärkt durch deutsche Abteilungen...



Die Stadt Berlin hat mit der Posener Gesellschaft zur Beschaffung von Fettvieh Verhandlungen über den Abschluß eines Lieferungsvertrages für Fettfleisch abgeschlossen. Als dieses bereits Aussicht auf günstige Erledigung boten, teilte die Fettfleischgesellschaft dem Berliner Magistrat mit: Der Herr Minister für Landwirtschaft habe verfügt, daß die Mastorganisation die auf Mastvertrag zu liefernden Schweine dem Viehhandelsverband durch die Haupthändler zur Verfügung zu stellen habe, der nicht nur ihre Verteilung, sondern auch die Bezahlung und Abrechnung der Schweine vermitteln solle. Die Posener Gesellschaft hat infolgedessen erklärt, den in Aussicht genommenen Lieferungsvertrag mit Berlin nicht abzuschließen zu können. Der Landwirtschaftsminister erwiderte darauf dem Berliner Magistrat, daß ihm von den Posener Verhandlungen nichts bekannt war. Er gab indes zu, nicht nur die Posener Mastorganisation, sondern alle Mastorganisationen angewiesen zu haben, grundsätzlich die Ablieferung ihrer Schweine durch die Viehhandelsverbände zu bewirken. Er behauptet zwar weiterhin, die Viehhandelsverbände angewiesen zu haben, soweit es mit ihren übrigen Verpflichtungen vereinbar ist, frühere Beziehungen zwischen Städten und Lieferungsverbänden nach Möglichkeit zu berücksichtigen; sein Wort in einer Entgegnung geht indes darauf ein, daß er durch sein Eingreifen die Städte in völlige Abhängigkeit von den Viehhandelsverbänden gebracht und so den Vorteil der Mastverträge völlig illusorisch gemacht hat.

Der Minister macht sich sodann darüber lustig, daß in der Eingabe ein Verfüterungsverbot von Kartoffeln für Schweine gefordert wird; er bemerkt hierzu, daß am 21. Oktober 1916 ein solches Verbot bereits ergangen sei. Nach den uns vorliegenden Mitteilungen des Kriegs-ernährungsamts läßt dieses Verbot noch immer die Verfüterung von Kartoffeln, die als Speise- oder Fabrikartoffeln nicht verwendbar sind, an Schweine und an Ferkel zu. Die Entscheidung aber, ob Kartoffeln noch für menschliche Nahrung verwendbar sind, liegt in der Hand der Landwirte und Viehhalter, und das führt dazu, daß noch immer große Mengen von Kartoffeln an das Vieh verfüttert werden, während die Menschen in den Städten hungern. Die Forderung der Gewerkschaften ist also sehr viel ernster zu nehmen, als es dem Minister beliebt.

Endlich regt sich der preussische Landwirtschaftsminister über den Vorwurf auf, daß er als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden müsse, dessen Wanken mit einer gesunden, ausreichenden Regelung der Volksernährung unvereinbar sei. Wer die Entlohnung des Kriegsernährungsamts seit seiner Begründung klaren Blickes verfolgt, die Erwartungen, die man an seine Einrichtung knüpfte, vergleicht mit den Erfolgen, besonders hinsichtlich der Durchsetzung des Reichsgedankens in der Regelung der Kriegsernährung, der läßt auf eine aggressive Hervortreibung der Erzeugerpolitik in Preußen, hinter der die Rücksichten auf die Verbraucher zurückgedrängt werden.

Dieser Schluß ist weder neu, noch eigenliebe Auffassung der Gewerkschaften. Erklärte doch selbst die „Deutsche Tageszeitung“ nach der Dezemberrede des Landwirtschaftsministers, seine Kritiker suchten den Eindruck zu erwecken, als sei der preussische Landwirtschaftsminister ein Hindernis für eine gedeihliche Entwicklung in der Ernährungsfrage. Diese Auffassung war also schon damals recht weit verbreitet. Inzwischen hat sich die Stellungnahme des Landwirtschaftsministers, wie seine späteren Reden zeigen, in nichts geändert; nur seine Stellung in inzwischen durch eine besondere Entscheidung der Regierung fester geworden. Wir gehen nicht fehl in der Vermutung, daß diese Entscheidung stark beeinflusst war von der Rücksichtnahme auf die gute Stimmung der landwirtschaftlichen Erzeuger, von deren gutem Willen die deutsche Volksernährung ganz wesentlich abhängt. Demgegenüber haben aber die Gewerkschaften und Angestellten umso mehr die Pflicht, die wahre Stimmung der Arbeitermassen zum Ausdruck zu bringen, von deren Leistungen die deutsche Landesverteidigung nicht minder abhängt. Diese Stimmung der Verbrauchermassen ist in den Eingaben noch mit großer Zurückhaltung angedeutet worden, sie ist in Wirklichkeit viel erregter und ernster, als für die notwendige Einmütigkeit in dieser Not des Vaterlandes zuträglich ist. Sie lehnt sich immer energischer gegen diese einseitige Erzeugerpolitik auf und fordert gleiches Recht für alle in der Versorgung mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln. Keiner braucht länger zu hungern, wenn jedem das Seine, die gleiche Ration gegeben wird. Aber keiner soll Vorrechte genießen oder gar um schönen Gewinnes willen den anderen, die ebenso ihre Arbeit, ihre Gesundheit und ihr Leben für das Vaterland hingeben, die ohnehin knappe Ration verkürzen.

„Doch kein fremder Fuß betrete den heimischen Grund,  
Stich ein Bruder in Polen, liegt einer in Flammen brennend.  
Alle hüten wir deiner Grenze heiligen Saum,  
Unser blühendes Leben für deinen dürrsten Baum,  
Deutschland!“

„Hut der Arbeiterdichter Karl Bröger, dessen Lied auch von Reichskanzler im Reichstage zu einer Ehrung hinhin. Schon der Gedanke, daß dieser heimische Grund einen Teil der Landesverteidigung nicht ausreichend versorgt ist unerträglich. Die fortgesetzte Bedrückung dieses engherzigen Erzeugerstandpunktes muß aber nachgerade berechtigete Empörung wachrufen, und kein preussischer Minister steht so hoch in Gunst, daß er es wagen dürfte, sich dauernd über diese Volksstimmung hinwegzusehen.“

Daß unsere Eingabe dem Landwirtschaftsminister so spät zu Gesicht gekommen ist, mag für ihn unangenehm sein; es ist aber nicht unsere Sache, uns über den Mangel an Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Landwirtschaftsminister aufzuregen. Daß die Eingaben ihre Wirkung nicht verfehlten, beweist uns die Entlohnung, die der Minister im Abgeordnetenhaus äußerte. Sie allein bürgt schon dafür, daß sich die weiteste Öffentlichkeit mit unserer Stellungnahme gegen seine Politik beschäftigt. Im Landtage sind leider die Erörterungen darüber, dank eines Schlußantrages seiner Getreuen, viel zu rasch abgebrochen worden. Wir hoffen aber, daß der Deutsche Reichstag zu dem Zusammenhang zwischen der landwirtschaftlichen Erzeugerpolitik in Preußen und dem Versagen des Kriegsernährungsamts in eindringlicherer und wirksamere Weise Stellung nimmt.

Paul Umbreit.

## Wilson braucht Ruhe.

Während die Entente-Prese fortfährt, Meldungen über Beschlüsse Wilsons zu verbreiten, die der Admiralität die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe aufgetragen haben, wird nunmehr der Öffentlichkeit eine Nachricht mitgeteilt, aus der sich etwa lesen läßt, daß das erhoffte jahreschleunigste Handeln des Präsidenten für die allernächsten Tage jedenfalls noch nicht eintreten dürfte. Reuters Bureau meldet nämlich aus Washington: „Präsident Wilson ist leicht erkrankt. Es ist ihm unbedingte Ruhe verordnet worden und er wird wahrscheinlich mehrere Tage das Bett hüten.“ Es mag dem Präsidenten freilich daran gelegen sein, sich den Begleitererscheinungen des Sturmes, der die amerikanische Öffentlichkeit aufwühlt, zu entziehen. — Für den Augenblick bleibt ihm nichts als ein Abwarten des Zeitpunktes übrig, wo die Obstruktionsmaßnahme aus dem Wege geräumt sein werden. Nach einem Rumor der Kabeltelegraphen des Schweizerischen Bresttelegraphen, das der deutschen Presse anrät, die Ablehnung der Maßnahmen Wilsons nicht für eine Niederlage zu halten, heißt es, die Vorschläge Wilsons, die die endlosen Debatten im Senat unmöglich machen sollen, würden sehr wahrscheinlich nicht angenommen werden. Reuter aber meldet gestern, der Senat habe mit 76 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß eine Zweidrittelmehrheit eine Debatte schließen kann.

Auf die New Yorker Börse fängt der Verlauf der Wilsonschen Bewaffnungssaktion, wie ein lautes Gefräß zu wirken an. Vor ein paar Tagen zeigte sie noch vertrauensvolle Mienen; am Donnerstag aber verzog sich das Gesicht. Der Bericht meldet eine starke Einschränkung der Geschäftstätigkeit, die auch in der Kursbewegung zum Ausdruck kam, die sich sehr unregelmäßig und überwiegend niedriger gestaltete. Von einigen Ausnahmen abgesehen, neigten die Kurse, wie es heißt, in der Mehrzahl zur Schwäche. Die Börse schloß in unregelmäßiger Haltung.

Der Präsident krank und die Börse verstümmt. — Der Karren ist auf holpriges Pflaster geraten.

## Eine Abfuhr Großbritanniens durch Mexiko.

Großbritannien hat am 28. Oktober 1916, wie die „Neue Freie Presse“ unter Veröffentlichung zweier Aktienstücke mitteilt, durch die amerikanische Postamt in Mexiko dagegen Einspruch erhoben, daß mexikanisches Gebiet als Operationsbasis der U-Boote diene und die drahtlose Telegraphie von Mexiko aus den U-Booten wertvolle Mitteilungen zukommen lasse.

Die großbritannische Regierung hat den Weg über die amerikanische Postamt mit klugem Vorbedacht gewählt, um den Amerikanern demonstrativ vor Augen zu führen, England erkenne den Vorrang der Vereinigten Staaten in ganz Amerika auch in dem Sinne an, daß die Vereinigten Staaten eine gewisse Polizeigewalt über die weniger gefestigten amerikanischen Schwesterrepubliken übe.

Die mexikanische Regierung hatte natürlich nicht den geringsten Anlaß, das britische Kompliment vor den Yankees zu fördern und das Hoheitsgefühl der Vereinigten Staaten anzuerkennen, und antwortete boshaft genug:

„In laudiger Beantwortung habe ich die Ehre, Eurer Excellenz gegenüber denselben Ausdruck zu geben, das bei der mexikanischen Regierung die Lärme herbeigerufen hat, daß Seine Excellenz der Herr Botschafter Großbritanniens in Washington sich an die Regierung der Vereinigten Staaten gewandt hat in einer Angelegenheit, welche ausschließlich Mexiko betrifft, um so mehr, als Großbritannien einen bei der mexikanischen Regierung akkreditierten Vertreter unterhält, dessen Vermittlung der Vertreter Großbritanniens hätte in Anspruch nehmen sollen. Die mexikanische Regierung betrachtet es als ungerechtfertigt, daß die Alliierten sie verantwortlich machen wollen für die Tätigkeit deutscher Tauchboote im Golf von Mexiko, da ja solche Tauchboote amerikanische Häfen angelaufen und auch Schiffe innerhalb der territorialen Gewässer der Vereinigten Staaten verankert haben, ohne daß dieses Verhalten irgend welche Konflikte und Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern hervorgerufen hätte, und ohne daß aus diesem Grunde die Regierung Eurer Excellenz verantwortlich gemacht werden wäre. Nichtsdestoweniger erlaubt sich die mexikanische Regierung, ihrem Wunsch gemäß die herkömmlichen Beziehungen, welche immer zwischen Mexiko und Großbritannien obwalteten, zu erhalten, Großbritannien gegenüber anzulegen, wie möglich es sein würde, wenn die englische Flotte die deutschen U-Boote verbinde, aus ihrer heimlichen Basis auszufahren. Dadurch wäre die mexikanische Republik gegen unangenehme Vorgehen gedekt, welche der gegenwärtige europäische Konflikt veranlassen könnte. Wenn die in diesem Sinne von Großbritannien ergriffenen Maßnahmen nicht wirksam wären, dann wird die mexikanische Regierung nach Erfordernis der Umstände handeln, falls deutsche Tauchboote in mexikanischen Gewässern fahren.“

Die englische Regierung hat das Klügste getan, was sich in so fataler Lage tun läßt, und sich an das Sprichwort gehalten, daß reden Silber, schweigen aber Gold ist. Auch die Staatsmänner in Washington haben die Zurückweisung ihrer angemachten vormundschaftlichen Befugnis mit Ruhe zu ertragen gemußt.

## Oesterreich und Amerika.

Basel, 9. März. Ein Kabeltelegramm des Schweizerischen Bresttelegraphen aus New York sagt: Die österreichisch-ungarische Note zum Tauchboottkrieg wird hier sehr ähnlich beurteilt, doch wird es als nicht ausgeschlossen betrachtet, daß ein Bruch mit Oesterreich-Ungarn immerhin noch möglich sei.

## Irische Kundgebung gegen Lloyd George.

London, 9. März. Die Nationalisten wohnten gestern der Sitzung im Unterhause nicht bei, da sie nach einem Beschluß der Parteiverammlung eine abwartende Haltung einnehmen wollen. Die Reuter vernimmt, werden sie indessen der Sitzung am Montag wahrscheinlich wieder betreten. Bonar Law erklärte in seiner Antwort auf eine Anfrage, daß er in einer Fortsetzung der geistigen Debatte keinerlei Nutzen sehen könne. Das Haus ging darauf zur Besprechung des Etats über.

In einem Manifest verbreitet die irische Partei folgende Erklärung: „Lloyd Georges Haltung war ein Treubruch gegenüber der irischen Partei und Irland. Sie wird nur dazu beitragen, das Mißtrauen der Iren in die englischen Versprechungen zu vergrößern und die revolutionäre Bewegung in Irland zu stärken. Die irische Partei wird jedoch alles tun, den Krieg zu einem glücklichen Ende führen zu helfen, fühlt sich aber verpflichtet, sich mit aller Macht der Regierung zu widersetzen.“

## Das Alkoholverbot in Rußland.

Petersburg, 9. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Sonderausschuß des Reichsrates hat gestern die von der Reichsduma bereits angenommene Gesetzesvorlage über die endgültige Einführung der Abstinenz in Rußland angenommen. Gleichzeitig beschloß der Ausschuss die Ausarbeitung zahlreicher dahin zielender Maßnahmen. Es wird berichtet, daß die Mehrzahl der Alkoholdestillationen bereits für andere Industrien, besonders zur Herstellung von Zucker, eingerichtet worden seien.

## Englands Besorgnis um die Venizelisten.

Lugano, 9. März. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Kairo forderte der kommandierende General des britischen Heeres alle Griechen in Ägypten auf, die Regierung von Saloniki anzuerkennen und ihre diesbezügliche Erklärung schriftlich bis zum 5. April beim Vertreter der Salonikier Regierung in Ägypten einzureichen, damit die englische Regierung ihren Schutz übernehmen könne.

Rotterdam, 8. März. Im Unterhause fragte Dillon den Staatssekretär des Auswärtigen, welche Truppen die Griechen nach dem Peloponnes gebracht haben und wieviel Truppen sich noch nördlich davon befinden. Balfour erwiderte, daß die Ueberführung sowohl der Truppen als auch der Geschütze befriedigend vorwärts gehe, aber daß einige Forderungen noch unerfüllt geblieben wären. 6000 Mann regulärer Truppen und 3000 Mann Gendarmen befänden sich noch nördlich vom Peloponnes. Balfour sagte weiter, daß die griechische Regierung die gefangenen Venizelisten frei gelassen habe und amtlich versicherte, daß keine Maßregeln gegen sie unternommen würden.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Ein Anschlag gegen ein deutsches U-Boot.

Wolffs Bureau teilt mit, daß französische Meldungen die Besatzung des Unterseebootes, das kürzlich den französischen Zerstörer Cassini versenkt hat, beschuldigen, bei dieser Gelegenheit ein Floß beschossen zu haben, auf dem sich Mannschaften von der Besatzung des Fahrzeuges befanden.

Wolffs Bureau sagt dazu: Ein Bericht des in Frage kommenden Unterseebootes sei noch nicht eingegangen. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß ein derartiges Vorgehen dem Geiste deutscher Seerecht völlig fremd ist, die Bestimmungen der Feinde, und zu „Barbarat-Morden“ zu verurteilen, dürften auch in diesem Falle als das erkannt werden, was sie sind: Brunnengiftung niedrigster Art.“

Berlin, 9. März. Der Kapitän Paulsen von dem verankerten dänischen Dampfer Danewirk hatte am 18. Januar 1917 vor dem dänischen Konsulat in Kopenhagen erklärt, daß der betreffende U-Boot-Kommandant versprochen hätte, die Rettungsboote nach der französischen Küste zu schleppen. Trotzdem wäre das U-Boot sofort nach der Versenkung des Dampfers in westlicher Richtung verschwunden, ungeachtet des hohen Seeganges und stürmischen Wetters. Die Boote hätten erst am nächsten Tage die französische Küste erreicht. Die dem vorliegenden Meldung des betreffenden U-Boot-Kommandanten besagt dagegen folgendes:

Es ist dem die Papiere an Bord des U-Bootes bringenden Bootsmann des Dampfers Danewirk gesagt worden, daß die Boote zu einem in der Nähe vorüberfahrenden Dampfer geschleppt werden würden, falls sich die Besatzung mit dem Aussteigen beeile. Das Angebot ist der Dampferbesatzung ohne weiteres gemacht worden, obwohl der Dampfer vorher zu entkommen veriaht habe. Da die Besatzung zum Verlassen des Dampfers aber über eine halbe Stunde gebraucht, war der Dampfer, der sie aufnehmen sollte, inzwischen vorbeigefahren. Ein Versprechen, die Boote nach der Küste zu schleppen, ist nicht gegeben worden, hätte auch nicht gegeben werden können, da inzwischen Dunkelheit eingetreten war. Eine Besatzung für die Boote bestand bei der Küste des Landes und dem ausländischen Binde außerdem nicht.

### Erdichtete U-Boot-Verluste.

Berlin, 9. März. Zur Verabfolgung der eigenen Völker und zur Täuschung der Neutralen wird die Entente nicht müde, wie schon früher, so besonders seit Einführung des ungenehmigten U-Bootskrieges, überall Nachrichten über große deutsche U-Boot-Verluste zu verbreiten. Ebenso wie die bewußt unwahren Behauptungen über deutsche Flugzeugverluste, so sind auch diejenigen über deutsche U-Boot-Verluste lediglich auf die tendenziöse Stimmungsmache berechnet. Gelegentliche Verluste sind selbstverständlich unabweislich bei dieser technisch so empfindlichen Waffe, dem Wagemut unserer U-Boot-Leute und dem ungeheuren Abwehrapparat, den der Feind in Bewegung gesetzt hat. Die Verluste haben sich nach wie vor in geringen Grenzen gehalten und bleiben im besonderen ganz außerordentlich hinter der Zahl zurück, die im feindlichen und zum Teil auch neutralen Ausland verbreitet wird, um die Wirksamkeit unseres U-Bootskrieges herabzusetzen. Die Wirklichkeit des U-Bootskrieges wird durch solche gelegentlichen Verluste nicht im geringsten beeinträchtigt; um so weniger, als der laufende und dauernd steigende Zuwachs an U-Booten selbst etwaige größere Verluste um ein Vielfaches übertrifft. In diesen Tatsachen werden auch in Zukunft die vom Feinde bombastisch angelündigten neuen und durchgreifenden Abwehr- und Untersuchungsmaßnahmen nichts ändern.

### Eine neue U-Boot-Rede Carsons.

London, 8. März. Carson hielt heute in London eine Rede, in der er über den Unterseeboottkrieg sprach. Er sagte: Er glaube nicht, daß irgend etwas dadurch gewonnen würde, wenn man die Verhältnisse schwarzer male oder sie als günstiger hinstelle, als sie in Wirklichkeit seien. Er glaube, daß der Mut des englischen Volkstammes sich in jeder Lage behaupten werde. Die Marine habe sich ernstlich mit neuen Aufgaben schwiertiger Art zu befassen, deren Lösung nötig sei zur Aufrechterhaltung der britischen Seeherrschaft. England habe mit einem Feind zu kämpfen, der sich über alle Grundzüge der Reichsliste hinwegsetze, die als das Ergebnis von Jahrhunderten im Völkervertrag niedergelegt seien. Die Nation müsse zur Marine vertagen haben. Er glaube zwar, daß die Einfuhr noch härter eingeschränkt werden müsse, aber daß Volk solle sich daran erinnern, daß die Regierung alles tue, um der Nation so wenig wie möglich Unbequemlichkeiten zu machen.

Wir werden, so schloß Carson, durchhalten bis zum Ende, was die Deutschen auch immer tun oder zu tun versuchen werden.

### „Künstlich aufgeblasene Statistiken.“

Berlin, 9. März. In den Beschwichtigungsbemühungen der englischen Regierung gegenüber dem erfolgreichen deutschen U-Bootskrieg schreibt die englische Wochenchrift „Truth“ vom 29. Februar: „Solche künstlich aufgeblasene Statistiken unserer Regierung



Erlebnisse einer Frontschauspielerin.

Aus dem Felde wird und geschrieben: Die Eigentümlichkeit des Grabenkampfes hat schon lange die Aurorege verwirklicht, dem Feldgrauen künstlerische Unterhaltung zu bieten, denn der Kunstgenuss bedeutet für die Soldaten nach all den Strapazen und Gefahren des Grabenlebens ein wahres Labial. Im Laufe der Zeit haben sich nun im Westen einige feste Künstlergesellschaften gebildet, die naturgemäß des weiblichen Elements nicht entbehren können. Diese Gesellschaften, die unter der Obhut der militärischen Behörden stehen, reisen von Ort zu Ort, überall dahin, wo sich eine Aufführung ermöglichen läßt. Da ist bald die Turnhalle einer französischen Mädchenschule oder der Speisestube einer Zuckerfabrik oder der Lagerraum einer Glasfabrik oder ein ehemaliges Lazarett. Feldgrauen, Sandwerfer und Künstler sorgen für die primitivste Bühneneinrichtung, für Garderobenräume und anderes, und die Aufführung kann vor sich gehen. . . .

Mancher in der Heimat wird vielleicht denken, daß die Künstler an der Front ein angenehmes abwechslungsreiches Leben führen. Allerdings! Abwechslung gibt es genug. Das merkt man schon, wenn man sich das Lagerfeld der Künstler anschaut. Morgens früh — im Winter besonders angenehm — grüßt es mit der Morgenluft irgendwohin. Am Orte angekommen, begibt man sich zunächst ins Quartier, wo häufig genug das Lager aus einem Strohsack besteht. Nehalich primitiv sind die ganzen Quartiere, ist die übrige Lebenshaltung. Nachmittags wird auf der „Bühne“ geprobt, und abends findet die Vorstellung statt. Das man da nach getonener Arbeit müde zum Einschlafen ist, kann man sich vorstellen. Den Künstlern an der Front geht es also nicht so angenehm, als wenn im Frieden die Diva von Stadt zu Stadt reist, erster Klasse fährt und in den ersten Hotels absteigt. Ich habe mich oft gewundert, woher namentlich die Damen die Kraft nehmen, all diese Strapazen auszuhalten.

„Einmal“ so erzählte mir eine Frontschauspielerin, mit der ich kürzlich in einer kleinen französischen Stadt zusammentraf, „mühten wir nichts in Sedan bleiben. Uebernachten konnten wir nirgends, und so nahmen wir unsere Zylinder zu dem Gewächshaus am Bahnhof, wo wir schließlich trotz der Kälte einschließen, und zwar so fest, daß wir um anderen Morgen fast den Zug verpaßt hätten.“ Wie gesagt, abwechslungsreich ist das, aber nicht gerade angenehm. Und dann der Frost! Wenn nämlich hier im Westen die Regenperiode eintritt, dann regnet es auch gründlich, so daß die Wege bald genug ungeradlich werden. Die zahllosen Wagen, Munitionskolonnen, Lastautos, Sanitätswagen und andere Kriegsgespanne tragen auch nicht dazu bei, die Straßen gangbarer zu machen, so daß es oft ein Kunststück ist, in diesem — sagen wir es ruhig — Dreieck überhaupt vorwärts zu kommen.

„Bei R. . .“, plauderte die junge Schauspielerin weiter, „war die Gegend derartig moralisch, daß wir tatsächlich im Schmutze stehen und nicht weiter konnten. Fast bis zum Anie sanken wir ein. Aber man kann und zu Hilfe und verabschiedete sich und Kommittes! Nichtige preussische Kommittes! Das Leben war zwar damit etwas ungewohnt, aber es ging doch schließlich! Als wir nun in den Ort einzogen, fürsteten die Soldaten an die Fenster und rissen Mund und Augen auf. Es muß auch zu droßig ausgefallen haben!“ Das die in aller Eile bergeschickten, oft unattraktiv und bombastischer angelegte „Theatergebäude“ mit unfernen heimischen Vorstellungen solcher Bauten oft wenig Ähnlichkeit haben, läßt sich denken. „In . . . gab es nur eine einzige Bühne, fast nicht größer als ein Kandelbreit“, erzählte die Schauspielerin, „und in unserer Garderobe durften wir beiseite nicht fest aufstehen, sonst fiel unfernen Herren, die unter uns hausten, der Kaff in großen Stücken auf den Kopf.“ Nach das Spielen an der Front ist natürlich auch nicht ohne Gefahr. Besonders sind es die feindlichen Flieger, vor deren Bomben man nie sicher ist. Aber unsere Frontschauspielerinnen kennen ebensowenig Angst wie die Feldgrauen. „Am herzlichsten habe ich immer in einer Villa geschlafen, vor der ich gewarnt wurde, weil sie dicht beim Bahnhof lag und schon mehrfach von feindlichen Fliegerbomben beschädigt war. . . .“

Die Leute dahier denken vielfach, wir sind zum Amüsement da, als ob wir nicht eine hohe, heilige Aufgabe hätten. Dem gegenüber muß ich betonen, daß jeder Feldgrane und mit einer Überzeugung entgegenkommt, die den einfachsten Mann zum Kavalier stempelt. Die oft werde ich von Soldaten gebeten, doch einige Worte mit ihnen zu sprechen, weil sie gerne mal wieder eine deutsche Frauenstimme erklingen hören möchten. Ein anderer sagte einmal, daß er immer an seine liebe Mutter denken möchte, wenn er mich sprechen hörte!“ In der Tat: man kann sich dabei in keine Vorstellung davon machen, wie schwer es für den Frontsoldaten ist, sich all des Heimatlichen entwidnen zu müssen, und wie beglückt der Feldgrane ist, wenn er einmal wieder deutsche Kunst, deutsche Worte von deutschen Frauenstimmen hört. So erfüllen unsere tapferen Frontschauspielerinnen eine hohe, edle Aufgabe, die ganze, willensstarke Persönlichkeit erfordert und deren Erfüllung

nicht nur unsere Bewunderung, sondern auch die derer habeln verdient. Folgende Worte aus dem an eine Frontschauspielerin gerichteten Briefe eines Offiziers sagen das in rührender Einfachheit: „Wir freuen uns allein schon, wenn die Kunstwelt an uns denkt. Lebendigen aus ihr sind ja in unserer einseitigen Atmosphäre nicht erstensfähig. . . .“

Das Ziel der Technik.

Ueber „Die Philosophie der Technik“ sprach am Mittwoch Dr. Jähmmer, Direktor des Godwertschott u. Genossen, Jena, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Vom kantischen Standpunkt aus sind Natur und Kultur zwei Wirklichkeiten, deren zwei Grundbegriffe sich nicht widersprechen, aber auch nicht aneinander ableiten lassen. Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft verhalten sich wie Mathematik und Kunstgeschichte — ohne Widerspruch, aber auch ohne innere Beziehung zu einander.“ So notwendig es war, daß Männer wie Darwin und Haeckel für das Recht der Naturforschung kämpften, auch den Menschen und seine Geschichte lautstark gegen sich zu versetzen, so notwendig ist es heute, zu begreifen, daß Kultur mehr ist als bloße Natur: „Kultur ist höher bestimmte, durch den Stempel des Geistes veredelte Natur.“ Der Geist ist kein „gasförmiges Wirbeln“, wie Haeckel sagt, sondern der Inbegriff der Ideen. „Ideen“ sind die allgemeinsten Zweckbegriffe menschlichen Schaffens, die unablenkbaren Grundzwecke der Kulturgeschichte.

Nach der Idee der Technik müssen wir fragen, um ihren Sinn als Kulturwert zu verstehen. Die Antwort auf diese Frage bildet den Grundstein der Philosophie der Technik“. Jähmmer beantwortet sie durch den geschichtlichen Nachweis, daß die Urmenschen bereits Erfindungen machten, bevor sie Werkzeuge schufen: „Das erste Haus ward ohne Werkzeug erbaut, den ersten Herd schenkte dem Menschen die Natur. Sein erstes Schiff war ein Floß aus Baumstämmen, mit Ruten und Seilpflanzen verknüpft.“ Nicht das Werkzeug, sondern der geistige Wille, die Absicht des Erfinders, unterscheidet den Urmenschen vom Tier. . . . das letzte Ziel liegt aber nicht in den toten Gegenständen, sondern in dem lebendigen Gebrauch dieser Gegenstände. Nicht das Haus, sondern das Wohnen ist das Ziel der Baukunst. Wendet man diese Betrachtung auf alle Erfindungen an, so erkennt man ihren Grundzweck in der Freiheit, die Freiheit über die Materie zu gewinnen. „Frei bin ich, wenn ich kann, was ich will.“ Will und die Natur in seinen geboren hat, deshalb erwacht mit dem Funken des Geistes die Idee der Freiheit: die Idee der Technik.

„Ohne den beständigen Kampf um die Freiheit würden wir ein kümmerliches Dasein auf diesem Planeten führen und beiseite zu Grunde geben. Die Idee der Technik — lebendig in Millionen von Erfindern, in Millionen von schaffenden Technikern aller Berufe — bewahrt die Menschheit vor diesem Schicksal.“ Reden die drei großen, bisher widerspruchlos anerkannten Kulturideen der Wahrheit, der Schönheit und der Gerechtigkeit tritt mit der Technik die Idee der Freiheit das heißt der Macht über die Natur. Die Aufgabe der Philosophie der Technik kann keine andere sein, als: das technische Schaffen und Leben in die Sphäre der Freiheit zu erheben und aus dieser Erkenntnis heraus ihr Verhältnis zu den drei übrigen Ideen der Kultur zu bestimmen. Keine Idee kann Selbstzweck sein, alle dienen der harmonischen Verbindung zum Ganzen der Kultur. Für das Ganze ist die Technik von derselben Bedeutung wie die Wissenschaft, die Kunst und das Recht.

„Es ist die höchste Zeit“, sagt Jähmmer, „daß dem klassischen Humanismus klar gemacht wird, daß jedenfalls wir Deutsche die Idee der Freiheit — der Macht über die Natur — zu den höchsten Gütern der Menschheit zählen, und daß wir keine Lust haben, das Recht auf Verwirklichung dieser Idee bis in alle Zukunft den Briten zu überlassen.“ In einem Kultur an die Erzieher zu deutscher Geistesbildung schließt der Vortragende mit der Forderung, eine Kultur zu bauen, bei der kein Glied zum Ganzen fehlt, „eine Kultur, gestützt auf die vier ewigen Ideen: Wahrheit, Schönheit, Gerechtigkeit und — Freiheit.“

Tommy Atkins im Spiegel seiner Feldpostbriefe.

Bis zu einem gewissen Grade gleichen sich die Soldatenbriefe bei allen kriegsführenden Völkern, aber bei jedem haben sie auch wieder einen gewissen, sie sofort unterscheidenden Zug. Der der englischen Feldpostbriefe ist ihre Nüchternheit, ihre Sachlichkeit. Sie erinnern an den englischen Geschäftsbrief, und man kann mit einiger Uebertreibung sagen, hat man einen britischen Feldpostbrief gelesen, so kennt man alle. Es ist, wie Winfried Lübeck in einem Aufsätze in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ sagt, nicht leicht, in Tommy Atkins Feldpostbriefen persönliche, besonderezüge zu entdecken. Es ist bezeichnend, daß selbst die stärksten Eindrücke den englischen Soldaten wenig erregen, und man ist immerhin über-

rascht, einen englischen Artillerieoffizier seinen Brief mit den Worten beginnend zu lesen: „Wenn der Krieg einem eindrucksvollen Ereignis verschaffen soll, so ist er eine Enttäuschung.“ Diese sonderbare innerliche Unbeweglichkeit und Stumpfheit hindert den englischen Soldaten allerdings nicht, es gelegentlich im Aufschreiben mit seinen Kameraden aus anderen Heeren aufzunehmen. Auch er versteht den Münchhausen zu spielen: „Entschuldige dieses Geheißel“ — so schreibt z. B. einer —, „die deutschen Granaten haben mich bereits sechsmal unterbrochen und ich mußte zum Bajonettangriff vorgehen, ehe ich mein Schreiben ganz beenden konnte.“

Solcher Aufsätze werden unendlich, ist Tommy Atkins in seinen Briefen im allgemeinen von sachlicher Ehrlichkeit, und besonders bekennt er viel aufrechter, als das je ein Franzose tun könnte, seine persönlichen Gefühle. Daß es einmüde wird, wenn es zum ersten Male in die Schlacht geht, wird offen bekant; ein junger Soldat gesteht, er habe im ersten Gefechte zehnmal nach Mutter gerufen, und summarisch bemerkt einer: „Wenn einer erzählt, ihm sei in der ersten Schlacht nicht bange gewesen, so können Sie sicher sein, daß er lügt.“

Diese Sachlichkeit kennzeichnet in der Mehrzahl der Fälle auch die Urteile eines englischen Soldaten über unsere Feldgrauen. Ausdrücke der Bewunderung über die deutsche Disziplin sind häufig. Schmähsätze nach Art französischer Art fehlen ganz, und von Humoren und Barbaren findet sich in englischen Feldpostbriefen so gut wie gar nichts. Ein Korporal beschreibt als unergiebliches Ereignis einen deutschen Angriff, der in dichten Wäldern im ruhigen Marschtempo unter dem Gesänge des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ erfolgte und bei dem eine eiserne Disziplin die Soldaten zusammengehalten habe. „Nach Berlin zu gelangen, wird kein billiger Ausflug sein“, bemerkt der Briefschreiber, dem die famosen Werbeplakate wohl den „Ausflug nach Berlin“ in Aussicht gestellt hatten, nämlich ernüchtert.

Sowie geht aus den englischen Feldpostbriefen hervor, daß der Engländer im Grunde genommen eine ziemlich untrügerische Natur ist. Ein Offizier schreibt über seine Soldaten ganz offenerzig, es gäbe ja wohl Leute, die sich lieber schlügen, als gut fröhlich, aber sie seien selten. Es ist Tommy Atkins noch und nach ausgegangen, daß das Meiste in diesem Kriege England am Halse sitzt, und er muß nun durch, wohl oder übel, aber das Heimlich zieht sich durch alle seine Briefe. Ein eigenartlicher englischer Zug ist schließlich die oft wiederkehrende sportliche Färbung der Briefe. Man erzählt vielfach oft den Eindruck, daß sie aus einem Heere von Sportklubben kommen. Vergleiche aus dem Fußball oder dem Cricket sind häufig und werden mit Kenntnis bis ins einzelne durchgeführt. Einer schreibt z. B. ein ganzes Gefecht als ein Fußballspiel: „Der Kampf um den europäischen Ehrenbecher wird noch ausgeföhnt, und ich wage zu behaupten, es ist ein Rekordtor, obwohl man vom Feld aus nicht die Zuschauer sehen kann.“ In diesem Tone geht es weiter und bis zu Ende, und so bleibt der Engländer auch im Schlachtfeld, was er im Frieden ist, ein leidenschaftlicher Sportsmann. (2)

Notizen.

— Gebbels „Judith“ wird jetzt im Deutschen Theater im Rahmen des deutschen Jfflus gespielt. Wegeners grandioser Holofernes und Marie Feins Judith sind bekant. Die letztere ist immer noch problematisch. Hoffentlich wird der deutsche Jfflus in der angelegentlichsten Form durchgeführt und nicht bloß mit alten Repertoriestücken aufgefüllt.

— Die Mode am Jenfer. Das eben im Zeppingertheater aufgeführte Lustspiel „Die Sorina“ behandelt allerlei Säuerlichkeiten der russischen Jenfer. Schwerhörige fragten denn auch, was uns das Stück solle. Der Verfasser Georg Kaiser gibt die Antwort: Es sind 3—4 Stücke von ihm in verschiedenen deutschen Städten verboten. Und da es sich um einen seit Jahren um den Weg zur Bühne ringenden Dichter handelt, kann man es verstehen, was es heißt, wenn ihm nun — wo sich sein Geschick aufhebt — die Jenfer alle Zugänge absperrt. „Die Sorina“ war ihm ein Ventil, durch das er sich seine Empörung gegen die Jenfer vom Halse schaffte.

— Ein deutscher Verein für Buchweizen und Schrifttum wird in Leipzig geplant. Es handelt sich um eine Fortführung jener Bestrebungen, deren gewaltiger Ausdruck die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik gewesen war. Als hervorragendes reales Ziel wurde die Errichtung eines umfassenden Vorkurses in Aussicht genommen. Weiter sollen Vorträge und Wanderausstellungen im Inlande wie dem neutralen Auslandes unternommen werden. Schließlich wird eine Zeitschrift Rechenschaft und Kenntnis aller Bestrebungen und Bemühungen vermittelt. Das Unternehmen wird einer idealen deutschen Kulturpropaganda dienen können.

— Arbeiten deutscher Kriegsgefangener werden auf Veranlassung der Heeresverwaltung vom 14. bis 18. März in Frankfurt auf einer Muster- und Verkaufsausstellung gezeigt werden. Die Ausstellung wird ein Bild der Tätigkeit der deutschen Kriegsgefangenen in der Schweiz geben.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gahrjela Sawoloka.

Während er sich seinen Gedanken hingab, ließen sich Schritte in der Dunkelheit vernehmen.

Das Erscheinen eines Menschen vertrieb Kliski wieder in die Wirklichkeit. Seit seiner Rückkehr nach Krasau verfolgte ihn unaufhörlich ein solcher Schatten. Aber er war so ungreifbar und verstand sich so unbemerkt, daß Kliski trotz seines Vernünftens ihm nie ins Gesicht schauen konnte. Früher hätte Kliski kaum darauf geachtet, aber seit seinem Besuch in Polen hatte sich kein Spürhalm verliert.

„Sollte mich Lagaewj auch hierhin verfolgen?“ dachte er, während er den Nachhauseweg einschlug.

Es unterlag aber keinem Zweifel, daß er beobachtet wurde. Mit diesem unangenehmen Gefühl erreichte er sein Haus, öffnete das Tor und ging durch einen schmalen Hof, der zu seinem Atelier führte. Zu seinem Erschrecken bemerkte er, daß sich jemand hinter dem kleinen Aufsatzwerk des Hofes versteckte.

„Selbst in meinem Hause sollte ich vor Lagaewjs Schatten nicht sicher sein?“ dachte er mit Zorn und unklammerte unwillkürlich die Waffe in der Tasche. Im selben Augenblick bemerkte er, daß die Gestalt auf ihn zukam. Er blieb also stehen und wartete.

Es war ein schmachtiger, kleiner Mann in einem Capes, der sich ihm näherte. Seine Bewegungen verrieten Jugend, aber das blasse Gesicht mit den tiefhängenden, seltsam leuchtenden Augen hatte nichts Jugendliches. In der Hand hielt der Mann ein kleines, in Zeitungspapier gehülltes Päckchen. Als er vor Kliski trat, fühlte dieser, daß es sein Feind war.

„Ich soll Ihnen dies abgeben“, sagte der Fremde, „bitte!“

„Von wem?“ fragte Kliski. „Was liegt daran. . . wichtiger ist, — für wen. Sie reisen doch wieder nach Polen. . . übergeben Sie dieses Päckchen mit Broschüren dem jungen. . .“

„Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie auf der Grenze damit vorsichtig sein müssen.“

„Es sind also. . .“

„Verbotene Schriften. Wir haben das Vertrauen, daß es Ihnen gelingt, sie hinüber zu bringen.“

Kliski zögerte einen Augenblick; noch lehnte sich die Vernunft in ihm auf, aber bei der Erinnerung an seine letzten Erlebnisse wehrte er alle Bedenken ab und sagte, indem er die Hand ausstreckte:

„Geben Sie her!“

Der Fremde reichte ihm das Päckchen, grüßte und wandte sich zum Ausgang.

„Wahrscheinlich einer von ihnen“, dachte Kliski, indem er ihm nachschaute, „die ihr Haus und ihre Familie verlassen haben, weil sie den ungleichen Kampf nicht länger mit ansehen konnten, die aber mit ungebrochener Kraft den gefestigten Zurückgebliebenen geistige Nahrung zukommen lassen. Er freute sich, hierbei vermitteln zu können.“

„Nä will's vor der Nase der Gendarmen und aller Spiegel über die Grenze bringen“, dachte er.

Er machte im Atelier Licht. Er sah sich von ganz alltäglichen Dingen umgeben, aber jeder Gegenstand erinnerte ihn an irgendeine Etappe in seinem Leben und war ihm lieb. An den Wänden hingen Skizzen und Zeichnungen, zu denen er zurückkehren wollte, wenn seine Lage ihm gestatten würde, sich ganz der Malerei zu widmen.

Aber heute betrachtete er die Wände seines Ateliers nur mit flüchtigem Blick. Das ihm eingehängte Päckchen nahm ihn ganz in Anspruch. Er ließ sich auf den Diwan nieder und begann in den Broschüren zu blättern. Immer tiefer versenkte er sich in die Lektüre, bis seine Wangen erglühten. Eine ganz neue Welt eröffnete sich ihm.

Die Kerze war niedergebrannt, aber durch die Gardine drang das unruhige Frühlingslicht des dämmernden Tages. Kliski lag regungslos da, den Blick auf die Wand gerichtet.

„Wie konnte ich bisher so leben?“ dachte er. Er blickte auf die Skizzen aus den verschiedenen Zeitpunkten seines Lebens.

„Das war früher mein einziges Ziel und mein einziger Wunsch. . . und heute?“

Zur Erklärung. — Eine Abendgesellschaft bei Horöki. — Der Protest wird unterschrieben. — Der Herr Polizeikommissar Hummel. . . — Im Seldere. — Selbst und Damen.

Die Abendgesellschaft bei Horöki verlief sehr lebhaft und geräuschvoll. Im Speisezimmer glitzerte das Silber und Glas im Licht der brennenden Lampen und Kandelaber.

Auf den Kartentischen, die in zwei Ecken des Salons standen, lagen Kartenspiele und Kreide umher. Aber es wurde nicht gespielt, obgleich die Tische dicht von Gästen besetzt waren. Diese tranken die Köpfe zusammen und schienen über etwas zu beratschlagen und zu entscheiden. Es schienen wichtige Dinge zu sein, die ihnen seit Jahren am Herzen lagen. Hauptächlich waren es Kaufleute, teils wohlhabende, teils weniger bemittelte, die sich bei Horöki versammelt hatten. Die Versammlung hatte den Anschein einer Abendgesellschaft, doch verriet die ausschließliche Gegenwart von Männern und zwar von Bodenbesitzern, daß es sich nicht nur um einen der üblichen Empfänge handelte.

Janka servierte den Tee, aber das Mädchen war unter allerlei Vorwänden einige Male in den Salon gekommen, obgleich man sich alle Mühe gab, sie fern zu halten.

Horöki machte der Tochter Vorwürfe.

„Ich habe dir doch streng angefangt, keine fremde Person hereinzulassen. Bist du, daß unser Plan vorzeitig bekant wird, damit daß Lagaewj ihn zusehender macht? Du weißt doch, wie viel Mühe es mich gekostet hat, sie alle hier zu versammeln und zu einmütigen Vorgehen zu veranlassen.“

Jankas Gesicht wurde traurig.

„Ich habe Juzia verboten, hereinzukommen. Aber übrigens kann man sich auf sie verlassen!“

„Frauen sind immer Blaubeertaschen. Ich bitte dich also, deine Juzia heute fern zu halten.“

Er betrat wieder den Salon.

Die Beratung war zu Ende. Nach langer Debatte hatte man sich endlich entschlossen, einen gemeinsamen Protest aller bedeutenderen Kaufleute des Städtchens gegen Lagaewjs stets zunehmende Willkür zu verfassen. Dieser Protest sollte an den Gouverneur eingeschickt werden.

(Fortf. folgt.)







schaden und mehr als sie nützen. Wir stehen einem Versuch, und zu blockieren, gegenüber. Die Erfolge dieser Blockade werden nicht dadurch verringert, daß wir in unseren Statistiken das Ein- und Auslaufen von Kriegsschiffen in unseren Häfen und unsere Küstenschiffahrt irreführenderweise mit einbezogen, allein der Ueberseeverkehr zählt. Und will unsere Regierung volles Vertrauen genießen, so muß sie jeglichen Verdacht falschen Spieles in solchen Dingen vermeiden. Die große Waffe läßt sich zwar täuschen, aber sowohl der Feind wie die Neutralen und unsere eigenen Schiffreederei lassen sich durch solche Mittel nicht fangen."

### Spanien gegen Sperrgebietefahrten.

Madrid, 8. März. Die spanische Regierung hat die Einschiffung spanischer Seeleute auf Schiffen verboten, die Erz für die Sperrgebiete usw. führen und landungsrechtlich werden.

### Italien sperrt die Tyrchenischen Küsten.

Amsterdam, 9. März. Im „Staatscourant“ bringt der holländische Minister des Meeres zur öffentlichen Kenntnis, daß die italienische Regierung beschlossen hat, vom 1. März 1917 ab die Küsten am Tyrchenischen Meer auf ausgedehnteste Weise mittels Minen für die Schifffahrt zu sperren. Den neutralen Schiffen wird die Route, die sie einschlagen sollen, noch näher bekannt gegeben werden.

### Refordlöhne für Matrosen.

Copenhagen, 8. März. Eine dänische Reederei versucht hier Mannschaften anzuwerben und bietet einfachen Matrosen für eine Reise nach England 2000 Kronen und für eine Reise nach Bordeaux 3000 Kronen.

### Großer russischer Transportdampfer gesunken.

Kopenhagen, 8. März. Die Blätter melden aus Arifonia: Während des gestrigen Unfalls an der Kurmanfäße wurde ein großer russischer Transportdampfer, der in der Kolobucht verankert lag, mit voller Ladung auf das Meer hinausgetrieben, wo er sank. Der Wert der Ladung belief sich auf zehn Millionen Rubel. Die Besatzung ist gerettet.

### Rückgang der Schiffbauten in England.

Amsterdam, 9. März. Der Glasgower „Gerald“ berichtet: Die Statistik vom Jahre 1916 über die Schiffbauten in der ganzen Welt lenkt die Aufmerksamkeit auf zwei wichtige Tatsachen. Die Ziffern deuten nämlich an, daß der Bau von Schiffen für Großbritannien zurückgegangen ist, während die Schiffbauten in anderen Ländern bedeutend vorgeritten sind. Das letztere gelte vor allem für Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die englische Regierung habe nun Vorkehrungen getroffen, um die Schiffbauten in England kräftig zu unterstützen, was sicherlich auch infolge des verstärkten U-Boot-Krieges notwendig sei.

### Hindenburg und die Kriegsgefangenen.

Amlich wird erklärt: Nach einer — auch im neutralen Ausland verbreiteten — Mitteilung der „Times“ sollte der Generalfeldmarschall von Hindenburg gelegentlich eines Lazarettbesuches mißfällig bemerkt haben, daß verwundete englische Offiziere von englisch sprechenden, deutschen Krankenschwestern gepflegt wurden.

Wie festgestellt, hat der Generalfeldmarschall keine solche Neugierung getan. Im Gegenteil wünscht er, daß auch fernherhin sprachkundiges deutsches Personal bei den Kriegsgefangenen Verwendung findet, um die ärztliche Versorgung dadurch zu fördern.

### Der Angriff auf Höhe 185.

Berlin, 9. März. (B. Z. V.) Die Franzosen erneuerten gestern ihre wiederholt blutig gescheiterten Versuche, die Höhe 185 zurückzuerobern. Nachdem starkes Feuer auf den deutschen Stellungen südlich Ripont geübt wurde, steigerte es sich gegen 3 Uhr zum Trommelfeuer; um 4 Uhr brachen die Franzosen gegen die ganze Front der am 15. Februar von den Deutschen eroberten Stellung vor, wobei es ihnen gelang, vorübergehend in Grabenteile am Südost- und Südwest-Hang der Höhe 185 einzudringen. Diese Grabenteile gehörten zum 4. Graben des feinerzeit von den Deutschen genommenen französischen Grabensystems. Durch rasche und energische Gegenstöße wurden die Franzosen indessen wieder aus diesen Grabenabschnitten zurückgeworfen, nur die Champagne Ferme und ein westlich davon gelegenes Grabenstück blieben in ihrer Hand. Die Höhe 185 selbst, auf die es die Franzosen naturgemäß abgesehen hatten, blieb fest in deutschem Besitz.

Französischer Heeresbericht vom 8. März abends. Nach starker Schillerbereinigung gelang es unseren Truppen in der Champagne, den größeren Teil des am 15. Februar durch den Feind besetzten vordringenden Winkels zwischen Butte du Piednil und Mailons de Champagne einzunehmen. Hundert Gefangene, darunter zwei Offiziere, blieben in unseren Händen.

Englischer Heeresbericht vom 8. März. Unsere Streitkräfte beiderseits der Äncre ein wenig vor, sonst ist die Lage unverändert. Letzte Nacht brangen wir erfolglos in die feindlichen Gräben bei Stades ein, wobei wir Gefangene machten. Südlich und südlich von Stades machte der Feind nach heftigem Artilleriefeuer einen überraschenden Angriff gegen unsere Front, wobei wir einige Mann verloren.

### Die Engländer in ungewohnter Lage.

Berlin, 9. März. Der deutsche Rückmarsch hat an der Äncre ganz eigenartige Verhältnisse geschaffen, die ein Mittelding zwischen Stellungen- und Bewegungsfriede darstellen. Wie wenig die englischen Truppen, die lediglich auf die einfache Form des Stellungskrieges eingeübt sind, den neuen Verhältnissen gewachsen sind, ergibt sich aus der beträchtlichen Gefangenenzahl, die den schwachen deutschen Nachhut in die Hände fielen. Mit der Gefangenennahme und Serbaten der Gefangenen zeigen eine auffallende Unkenntnis der ungewohnten Lage gegenüber. Der Abzug der Deutschen hat große Ueberraschung und Verwirrung hervorgerufen. Niemand weiß, wo die neue deutsche Stellung sich befindet. Eine zusammenhängende Grabenlinie gibt es nicht mehr auf englischer Seite. Die Kompagnien werden in Zug- und Gruppenformationen über das Gelände verteilt, wo sich die Leute während der Nacht zum Schutz gegen deutsche Feuerüberfälle kleine Grabenlöcher ausdübten. Diese Feuerüberfälle sollen bei der geringen vorhandenen Deckung große Opfer. Bei nachfolgenden deutschen Vorstößen sollen die Ueberlebenden dieser Völkchen mehr als Gefangene in deutsche Hände. Diefach lassen englische Patrouillen in dichter

Unkenntnis der deutschen Stellungen direkt bis dicht vor die deutschen Gräben, wo sie ohne Kampf gefangen genommen werden. Selbst die Führer der Patrouillen und Posten sind in keiner Weise orientiert. Die Verbindung nach rückwärts ist häufig unterbrochen und das Zusammenarbeiten mit Artillerie hat aufgehört. Die Gefangenen klagen über schlechte Verpflegung, die Australier über Zurücksetzung durch die Engländer. Größtenteils meinen die Leute, daß die Front hinter Sapaume Deutschland beginnt. Ein Mann, der offenbar von den Vorgesetzten genährt wird.

### Der englische Vormarsch auf Bagdad.

Konstantinobel, 8. März. Amtlicher Bericht. Tigris-Front: Ein feindliches Kavallerie-Regiment, welches sich unserer Stellung zu nähern versuchte, wurde mit Verlusten zurückgewiesen. Mit den anderen Fronten kein erwähnenswertes Ereignis. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 7. März: Unsere Kavallerie ist am 5. d. M. mit der Kochhut der Türken bei Laji in der Kochbarkeit von Kestephon und Geseht geraten. Die vom Feind zurückgelassene Beute liegt über ein Gebiet von 80 Meilen verstreut, so daß es nicht möglich ist, ihren genauen Umfang anzugeben. Bis heute wurden 35 Gefänge aus dem Fluß geholt.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 8. März: Unsere Truppen trafen auf der Verfolgung wenig Widerstand. Die Kavallerie hat Kestephon passiert und lagerte in Sawi. 14 englische Reiten vom Südrande von Bagdad entfernt. Wir machten 35 Gefangene und erbeuteten eine Kanone.

### Das Urteil über die Dardanellen-Expedition.

London, 9. März. Was dem gestern veröffentlichten Bericht der königlichen Kommission, die die Untersuchung wegen der Dardanellen-Expedition geführt hat, geht hervor, daß am 18. März 1915 beschlossen worden war, die Aktion lediglich durch die Flotte zu unternehmen.

Im Bericht wird festgestellt, daß Admiral Fisher, seinerzeit als Erster Lord der Admiralität, und Admiral Wilson, Mitglied des Kriegsstabs der Admiralität, keinerlei Bedenken gegenüber einem solchen Plane äußerten. Ritchener war ebenfalls für diesen Plan. Admiral Wilson und Lord Fisher, die einem kombinierten Angriff von Armees und Flotte den Vorzug gaben, waren bezüglich dieser Angelegenheit allerdings nicht ausdrücklich um ihre Meinung befragt worden.

Die Kommission ist nun zu der Auffassung übergegangen, daß Churchill, der damals Erster Lord der Admiralität war, ebenso wie Asquith und die übrigen Mitglieder des Kabinetts verpflichtet gewesen wären, über eine Aktion der Flotte allein das Urteil von Sachverständigen einzuholen. Der 18. Februar, so heißt es in dem Bericht weiter, an welchem Tage beschlossen wurde, Truppen in der Nähe der Dardanellen zu versammeln, sei ein sehr kritischer Zeitpunkt der ganzen Operationen gewesen. Man hätte damals deutlich und klar zu verstehen geben müssen, daß die Truppen zwar noch nicht gelandet seien, daß man aber einen ernstlichen Angriff beabsichtige. Ritchener habe am 20. Februar angedeutet, daß die 29. Division, die am 16. Februar für die Aktion an den Dardanellen bestimmt worden war, nicht abgehen sollte. Mit der Abfertigung dieser Truppen wurde also drei Wochen gewartet und diese Verzögerung sei ein ernstliches Hindernis für die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges der Landtruppen bei ihrem ersten Angriff gewesen und habe die Schwierigkeiten bei den letzten Angriffen einige Monate später bedeutend vergrößert.

Die Kommission gab der Meinung Ausdruck, daß für den 18. März der Beschluß, einen Angriff durch die Flotte allein aufzugeben, unvermeidlich war, insoweit man hätte der Kriegsrat, bevor die Operationen zu Lande einsetzten, genau den Stand der Dinge abwägen müssen und der Ministerpräsident für diesen Fall den Kriegsrat einberufen müssen. Daß dies nicht geschehen sei, müsse als ernstliches Versehen betrachtet werden. Ritchener, so führt der Kommissionsbericht aus, hat die Dienste seines Generalkabes nicht genug gewertet, was zur Folge hatte, daß er mehr auf seine Schultern nahm, als er verantworten konnte. Das führte zur Verwirrung und darum sei auch nicht rechtzeitig erwidert worden, was erwidert hätte werden müssen. Wenn auch das Hauptziel der Dardanellen-Expedition nicht erreicht wurde, so habe man doch einige politische Vorteile erlangt; ob diese Vorteile aber den Verlust an Menschenleben und kostbarem Material aufwiegen, sei eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein könne.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Ein Wasserweg zwischen Ostsee und Kaptsischem Meer. Die russische Regierung hat den Entwurf eines großen Wasserweges zwischen Ostsee und Wolga nunmehr fertiggestellt, der durch den Kanal Wolgine-Roboje die Kewo mit der Wolga verbinden soll. Man erwartet, daß der Güterverkehr 2,50 Millionen Tonnen und der Transitverkehr 17 Millionen Tonnen im Jahre erreichen wird. Die Kosten werden auf 120 Millionen Rubel veranschlagt.

### Politische Uebersicht.

#### Abgeordnetenhaus.

##### Forsten und Domänen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurden am Freitag vor leeren Bänken die Etats der Forstverwaltung und der Domänenverwaltung beraten. Die Debatte über den Forstetat verlief sich in Einzelheiten. Redner der verschiedensten Parteien forderten höhere Löhne für Waldarbeiter und Leuerungszulagen für die Beamten. Zwischendurch sprach man über die Wildschäden, der Minister wies die Behauptung, daß zu sehr auf die Jagdbesitzer Rücksicht genommen werde mit dem Hinweis darauf zurück, daß der Wildbestand sich im Laufe des Krieges nicht vermehrt, sondern verringert habe, daß also von Wildschäden in nennenswertem Umfang nicht geredet werden könne. Etwas Abwechslung in die tristere Debatte brachte der Zentrumsgewählte Freiherr v. Wolf-Metternich, der mit Rücksicht auf die Gefährdung der Stillschließung mancher Ausflügler das Verbot des Betretens von Waldwegen zu rechtfertigen suchte.

Weim Domänenetat wurde die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten auf staatlischen Domänen und die größere Nahrungsmittelproduktion auf den Domänen für Zwecke der Volksernährung, insbesondere durch Einstellung von Milchkuhen, angeregt. Charakteristisch ist es, daß die Vertreter der Regierung auf diese wichtige Anregung kaum eingingen, während sie einige ganz nebenbei gegen den Großgrundbesitz erhobenen Angriffe sofort aufs schärfste zurückwiesen.

Am Sonnabend beginnt die Beratung des Eisenbahnetats.

### Hundertmal gelogen ist Wahrheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wehrt sich verzweifelt gegen die Feststellung, daß Scheidemann den ihm von den Alldeutschen zugeschriebenen Auspruch „Jeder trage seine Last“ nicht geton hat. Sie hat dabei besonderes Pech, weil zu derselben Zeit, da sie diese Ausführungen brachte, nämlich am Freitag morgen, im „Vorwärts“ die Erklärung des Genossen Scheidemann erschien.

Aber nichts desto weniger verdient die Beweisführung der „Deutschen Tageszeitung“ festgehalten zu werden. Sie erklärt „eine nachträgliche Verfälchung des Textbestandes“ deshalb für „unberechtigt und unzulässig“, weil die alldeutschen Agitatoren monatelang mit diesem Auspruch hantierten gegangen sind. Danach scheint die „Deutsche Tageszeitung“ der Ansicht zu sein, daß Unwahrheiten durch eine bestimmte Anzahl von Wiederholungen zur Wahrheit werden. Eigentümliche Auffassung!

### Eine Steuer, die viel kostet und wenig bringt.

Die Kohlensteuer müßte nach dem Verlauf der Steuerdebatte im Reichstagsauschuß eigentlich erledigt sein. Unwiderleglich bleibt das Argument gegen sie, daß sie das Reich selbst als Hauptkonkurrenten in hohem Maße belastet, daß also das Reich diese Steuer zum großen Teil sich selber zu zahlen hat.

Auf der anderen Seite redact aber Prof. Julius Wolf im „Tag“ nach, daß die Befreiung der Rinderbesitzer durch die Kohlensteuer pro Kopf jährlich 6 M. für die fünf-köpfige Familie also 30 M. betragen würde.

Da man aber diese Steuer nicht fallen lassen will, um nicht zu höheren Beispien greifen zu müssen, so man auf die Katastrophe gekommen, sie zu „bestimmen“. Als ob man glaubte, das Reich würde nach dem Kriege in der Lage sein, auf einmal eingeführte Steuern verzichten zu können! Der Bittworte wird dadurch noch vermehrt, daß die unentwegten Bestürworte dieser Steuer erklären, sie müßten zugehen, daß sie jetzt dem Reich wenig bringen werde, nach dem Kriege würde das aber ganz anders sein. Und dann — soll sie wieder aufgehoben werden?!

Die Befreiung kann nur dann einen Sinn haben, wenn sie den Zeitpunkt bestimmt, an dem an die Stelle der Steuer das Reichshandelsmonopol treten soll. Sonst bliebe sie nichts als eine schöne Uge.

### Der Friedenspakt aus Paris.

Der „Niederländische Anti-Dorlog-Kaad“ ist bekanntlich eine Vereinigung, in der sich die niederländischen Sozialisten zusammenschlossen haben. Veste man jedoch den Zeitungsbereich Nr. 212, den diese Vereinigung verleiht, so erscheint das Streben und Ziel dieser Gruppe in mehr als sonderbarem Lichte. Der Bericht handelt von dem Vortrag des Pastors Edouard Soulier aus Paris, der im Kreise der Vereinigung seine Anschauungen hinsichtlich des Krieges und Friedens entwickelte. Diese haben nun das eigentümliche, sich in nichts, aber auch gar nicht, von den üblichen Tiraden der französischen Kriegshörer zu unterscheiden, sie konnten weit eher in einem nationalistischen Klub zu Paris gehalten worden sein, als in einer Vereinigung neutraler Sozialisten. Pastor Soulier schildert Frankreich in gewohnter Weise als das überfallene Friedensschuldslamm; den Beweis für Frankreichs Friedensliebe erbringt er aus dem Widerstand gegen das Dreijährige (das bekanntlich angenommen wurde). Sein Kriegsziel ist der „dauernde Frieden“, über dessen Gestaltung für ihn drei wichtige Dokumente existieren, in denen dieses Kriegsziel ausdrücklich dargelegt ist, und als deren wichtigstes Herr Pastor Soulier... die Antwortnote der Entente an Wilson bezeichnet. Die beiden andern sind der Brief Balfours und die Rede Sollells... Herr Soulier fühlte sich berechtigt zu erklären, daß jeder Franzose und jede Französin persönlich genau so an Wilson geantwortet haben würde, wie die Ententeregierungen! Er will u. a. auch „den Krieg durch den Krieg“ töten. Da nimmt es denn nicht mehr Wunder, wenn dieser Pariser Friedenspakt sich für Frankreich keineswegs mit der Zurückgabe von Elsass-Losringen für befriedigt erklärt, sondern das gesamte linke Rheinufer verlangt. Das seien beileibe keine Eroberungen, sondern — „Sicherheitsmaßnahmen“. An Herrn Soulier ist ein Advokat verloren gegangen.

Das allerbedenklichste ist nun, daß der offizielle Bericht des „Anti-Dorlog-Kaad“ keineswegs erkennen läßt, daß diesen wildschauinistischen Ausführungen von Seiten der angeleglichen Sozialisten in der Debatte mit Energie entgegengetreten worden ist. Im Gegenteil: die „meisten von diesen Rednern betonten nachdrücklich, daß sie auf der Seite der Entente stehen“. Das ist ja ein sehr pazifistischer Standpunkt! Allerdings konnte keiner von ihnen Herrn Pastor Soulier in den angeführten Eroberungszielen beipflichten, aber mit dem Kern der Rede, dem „dauernden Frieden“ im Sinne der Wilson-Note der Entente waren sie völlig einverstanden.

Nach unserer Ansicht ist der „Niederländische Anti-Dorlog-Kaad“ mit dieser Veranstaltung für jeden ernsthaften und ehrlischen Sozialisten erledigt.

Die Entschädigung stillgelegter Betriebe. Der Auschuß des Deutschen Handelstages verlangt in einer Erklärung über das Hilfsdienstgesetz eine Entschädigung für die durch den Arbeitszwang stillgelegten Betriebe seitens der weiterarbeitenden Betriebe. — Mit dieser Frage hat sich der Hilfsdienstauschuß des Reichstages bereits mehrmals befaßt. Die Regelung ist so gedacht, daß die arbeitenden Betriebe einen Teil ihres Gewinnes an eine gemeinsame Kasse abliefern müssen, aus der dann die Inhaber der stillgelegten Betriebe entschädigt werden.

Das Erbbaurecht. Die Grundzüge für einen gesetzlichen Ausbau des Erbbaurechts sind, entsprechend einem Beschluß des Reichstages betr. praktische Ausgestaltung des Erbbaurechts, den Bundesregierungen zur Neuerung mitgeteilt.

Landeskräftsteuer in Oldenburg. Der oldenburgische Landtag hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, der zu dem Reichszuschlag zur Kriegsgewinnsteuer von 20 Proz. noch einen Landeszuschlag von 10 Proz. vorsieht. Der Entwurf wurde in erster Lesung mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen, auch die Annahme in der zweiten Lesung kann als gesichert gelten. Der Ertrag des Zuschlages wird auf eine Million Mark geschätzt.

### Letzte Nachrichten.

#### Schweres Unwetter in Südwesteuropa.

Paris, 9. März. In Frankreich und Spanien wütete ein schweres Unwetter. Die Rehrzahl der Flüsse in Spanien ist über die Ufer getreten. In der Provinz Gerdoña sind zahlreiche Städte und Dörfer überflutet und abgeschnitten. Auf den meisten Bahnen stößt der Verkehr. Man befürchtet zahlreiche Menschenopfer. Bei dem in Südfrankreich herrschenden Unwetter wurde im Hafen von Martelle für mehrere hunderttausend Frank Töden angeordnet. Paris hatte gestern wegen des Schneefalles nur geringe Lebensmittelzufuhr.



# Gewerkschaftliches.

## Deutsches Reich.

### Der Steinmetzverband während der Kriegszeit.

Auch vor Ausbruch des Krieges, am 1. Juli 1914, zählte der Verband 80 987 Mitglieder, am 31. Dezember 1916 nur noch 5040. Vom Verband wird eine händige Stützliste aufgenommen, die als Beweismaterial für das Verlangen eines immer noch zu verbessernden Arbeitslohn dient, da in diesem Gewerbe die Lungen-erkrankungen als ausgeprägte Berufskrankheiten zu bezeichnen sind. In der genannten Zeit starben — außer den im Felde Gefallenen — 714 Mitglieder. Das größte Prozentstück der Gestorbenen stellen die Sandsteinschleifer mit 58,25, dann folgen Granitsteinmetzen mit 8,87, Granitbrecher 8,00, Steinrichter, Polierer und Plastersteinmetzen 8,00, Sand- und Kalksteinbrecher 6,44, Hilfsarbeiter und Griffelmacher 5,17, Marmorsteinschleifer 1,98, Granitsteinschleifer 1,67, Marmorsteinmetzen 1,12 Proz. Die am meisten vorkommenden Todesursachen sind die Erkrankungen der Lunge, Tuberkulose usw. mit 60 Proz.

Ueber die Löhneverhältnisse des Verbandes erfolgen erst später noch Veröffentlichungen.

## Berlin und Umgegend.

### Von der Tätigkeit des Gemeindearbeiterverbandes.

In der am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilte der Vorsitzende **Kantner** mit, daß die Ortsverwaltung beim Magistrat von Berlin dahin vorstellig geworden ist, daß die am 1. Dezember gewährte Feuerungszulage den Unterhaltungsgehältern, die die Familien der im Heere stehenden städtischen Arbeiter als Zuschuß zur Reichsunterstützung erhalten, hinzurechnet und den Familien auch die erhöhte Reichsunterstützung gewährt werde. Der Magistrat hat nur den zweiten Teil dieses Antrages, nämlich die erhöhte Reichsunterstützung, bewilligt. Infolgedessen haben sich die Unterhaltungen der betreffenden Frauen um monatlich 5 M. und die der Kinder unter 16 Jahren um 2,50 M. erhöht. Seit dem 1. November werden die erhöhten Sätze gezahlt. — Wegen der Verteilung von Lebensmittelrationen, die in den städtischen Betrieben bis vor kurzem sehr unbedeutend vor sich ging, hat die Verbandsvorstellung eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister **Bermann** gehabt. Der Oberbürgermeister hat sich dahin geäußert, daß er im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Lebensmittelverteilung gegen jede Bevorzugung, auch der Munitionsarbeiter, sei. Mit den besonderen Zuteilungen an Schwerarbeiter habe es infolgedessen gewisse Bedenken, als es sehr schwierig sei, eine Grenze zwischen Schwerarbeitern und anderen Arbeitern zu ziehen. Die Stadtverwaltung werde darauf sehen, daß die städtischen Betriebe hinsichtlich der Lebensmittelzuteilung nicht hinter privaten Betrieben zurückbleiben, denn die Fortführung der städtischen Betriebe sei ebenfalls wichtig wie der Betrieb der Munitionsfabriken. Soweit die Stadt Berlin von ihren eigenen Gütern Lebensmittel abgeben könne, sollten sie den städtischen Arbeitern zugute kommen. Im Anschluß hieran bemerkte **Wintner**, in letzter Zeit habe er aus fast allen städtischen Betrieben die Mitteilung erhalten, daß die Verteilung von Herzogen, Kapseln und Karmelade wieder vor sich gegangen sei.

Mit der Forderung, eine erneute Feuerungszulage von 10 Pf. für die Stunde zu gewähren, soll zunächst in den einzelnen, später in den übrigen städtischen Betrieben vorgegangen werden. In den Revisionsinspektionen der städtischen Gaswerke ist eine Bewegung für den durchgehenden achtstündigen Arbeitstag eingeleitet. Wenn diese Bewegung Erfolg hat, dann soll später in allen städtischen Betrieben der Achtstundentag gefordert werden. Diese Forderung wird besonders damit begründet, daß sich bei der wachsenden Ausdehnung Berlins und der Verdichtung der Arbeiter in die Außenbezirke die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte immer größer, der Hin- und Rückweg also immer zeitraubender wird.

Das Fehlen einer geregelten Arbeitsvermittlung empfinden die städtischen Arbeiter schon lange als einen Uebelstand. Es kommt vor, daß in einem Betriebe Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden, während ein anderer Betrieb gleichzeitig neue Arbeitskräfte braucht. Wünschenswert wäre es, daß hier in erster Linie die an anderer Stelle Entlassenen eingestellt werden. Das kann aber nicht geschehen, weil die Betriebe in dieser Hinsicht keine Fühlung miteinander haben und die Entlassenen nicht wissen können, daß ein anderer Betrieb Arbeiterkräfte braucht. Um diesen Mangel zu beheben, will die Verbandsvorstellung den Magistrat ersuchen, bei dem jetzt von der Stadt Berlin übernommenen Arbeitsnachweis eine besondere Abteilung für städtische Arbeiter einzurichten und bei einem Bedarf aus einem Betriebe in den anderen die gesamte in städtischen Betrieben ausgeübte Dienstzeit in Anrechnung zu bringen.

Der Verbandsvorstand hält die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. wöchentlich vom 1. Juli ab für notwendig. Der Hauptkassierer **Spemann** begründete diesen Antrag mit dem Hinweis auf die durch die Kriegsverhältnisse bedingte Finanzgebarung des Verbandes. Dem Antrage, den auch die erweiterte Ortsverwaltung empfiehlt, stimmte die Versammlung zu.

### Die Feuerungszulage in den Brauereien.

Die Vertrauensleute des Transportarbeiterverbandes, des Böttcherverbandes und des Verbandes der Maschinen- und Feilerhielten am 7. März eine gemeinsame Versammlung ab, um den Bericht über die Feuerungszulage entgegenzunehmen. Der Verein der Brauereien hat eine Erhöhung glatt abgelehnt. Er sei hierzu nicht in der Lage, weil die einzige Möglichkeit eines angemessenen Ausgleiches, die vielleicht in einer Erhöhung der Bierpreise hätte gesehen werden können, durch die gesetzliche Festlegung eines dem heutigen Bierpreis unterschreitenden Höchstpreises nicht mehr vorhanden ist.

In der Diskussion wurde es sehr beklagt, daß die Unternehmer zu dieser Antwort vier Wochen gebraucht haben. Die Brauereien verbieten jetzt ferner, daß sie wohl eine angemessene Zulage zahlen könnten, wie die Geschäftsbücher beweisen. Mit der jetzt gezahlten Zulage von wöchentlich 10 Pf. sei der Höchstverdienst der Arbeiter 49,50 M., der niedrigste Lohn 40,50 M. In manchen Betrieben wurde den Arbeitern gesagt, wenn der Lohn nicht passe, solle doch gehen. Wenn behauptet werde, daß nur höchstens noch zwei Monate abgedraht werden könne, da es keine Reserve mehr geben würde, so sei dies für die Arbeiter in den Brauereien ganz unbedenklich. Die Berliner Brauereien werden wohl noch für längere Zeit Vorrate haben. Wie bisher schon, werden es die Brauereien weiter versuchen, sich auf anderweitige Produktionen zu legen und auch dadurch ihre Gewinne erhöhen. Die Vertrauensleute werden den Mitgliedern diesen Bericht mitteilen und sich über das Weitere verständigen.

## Ausland.

### Drohender Niesenkampf in den schwedischen Eisenwerken.

Einer der wichtigsten Industriezweige Schwedens — die Eisenindustrie — steht in Gefahr, lahmgelegt zu werden. Der im Jahre 1908 vereinbarte, und dann jährlich erneuerte Kollektivvertrag wurde von den Arbeitern zum 31. Dezember gekündigt. Die bis zu diesem Tage geführten Verhandlungen

schleierten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer, worauf die Sektionen des schwedischen Metallarbeiterverbandes einzeln bei den verschiedenen Eisenwerken im Lohnerhöhungen eintraten. Auch hierauf erhielten sie ein kühnes Nein als Antwort, trotzdem die Eisenwerke in den letzten Jahren ungeheure Gewinne gemacht haben. Zur Durchführung ihrer berechtigten Forderungen beschloffen dann die Arbeiter mit Genehmigung des Verbandes, nach und nach die Arbeit einzustellen. Die Arbeiter der Eisenwerke **Domnaröf** — 2400 an der Zahl — sollten am 6. und die Arbeiter der **Fagersta Werke** am 8. d. M. ausständig werden. Die Arbeiter der übrigen Eisenwerke sollten allmählich folgen, so daß der Konflikt annähernd 25 000 Arbeiter umfassen würde.

Einer anderen Meldung zufolge verdrängte der Minister des Innern noch in letzter Stunde den Konflikt zu beizulegen bezw. zu verschärfen. Er hielt mit den Vertretern beider Parteien und dem Schiedsrichter eine Zusammenkunft ab, wobei der Min. Ter die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorschlug, die am 17. März beendigt sein sollen.

### Festsetzung von Minimallohnen für die Stickereiindustrie durch den schweizerischen Bundesrat.

Auf Verlangen von Verbänden der Stickerei- und Textilindustrie hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, Mindestlöhne und Mindeststichtische für die Stickereiindustrie festzusetzen und ferner wurde das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, die aufgestellten Sätze in der Folgezeit den Schwankungen des Marktes anzupassen sowie für einzelne der im Beschluß nicht torifizierten Warenkategorien bei eintretendem Bedürfnis Mindeststichtische aufzustellen, die zu den bis dahin vorgeschriebenen in angemessenem Verhältnis stehen. Der bundesrätliche Beschluß ist ein grundsätzlicher Erfolg der Gewerkschaften, ob sie auch mit der Höhe der festgesetzten Mindestlöhne einverstanden sind, darüber liegen augenblicklich noch keine Äußerungen aus Gewerkschaftskreisen vor.

## Aus der Partei.

**Klärung am Niederrhein.** Da in der Bezirksleitung Niederrhein eine größere Anzahl von Mitgliedern der Bezirksleitung sich beharrlich auf den Boden einer die Parteieinheit zerstörenden Sonderorganisation stellt, haben drei von dem Boden der Parteieinheit stehende Mitglieder eine Erklärung abgegeben, die nach Feststellung dieses Tatbestandes ausspricht:

Wir stellen zu den im Interesse der Erhaltung der Parteieinheit gefassten Beschlüssen des Parteivorstandes und der daraus hervorgegangenen Maßnahmen des Parteivorstandes und werden die von uns vertretenen Organisationen in Uebereinstimmung mit diesen Beschlüssen organisatorisch zusammenfassen.

Während die zurückgebliebenen Mitglieder der Bezirksleitung mit 15 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen hiergegen protestierten, haben die 13 Unterzeichner der Erklärung sich als Bezirksleitung konstituiert und als geschäftsführenden Ausschuss nachbenannte Gewerkschaften gewählt: **Wiß, Ullrich, Jan, Eberfeld, Karl, Haberland, Barmen, G. Ahlbrin, Duisburg, Joh. Thabor, Krefeld, Karl Müller-Körs.**

Der Parteivorstand hat dem sozialdemokratischen Parteiverein **Eberfeld-Barmen** und die neue Bezirksleitung für den Niederrhein als Organisationen der Gesamtpartei anerkannt, da sie auf dem Boden der Parteieinheit stehen.

**Zum Charakterbild Julian Vorhardts.** Bei der Besprechung des Erdmannschen Buches „England und die Sozialdemokratie“ wiesen wir unlängst auf die bestrebende Tatsache hin, daß diese in die Forderung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auslaufende Schrift den radikalen Kreisen der Sozialdemokratie durch ein Wort aus der Feder **Julian Vorhardts** empfohlen werden konnte, des Gründers und Führers der Oppositionsgruppe „Internationale“, die nach ihrem Programm noch links der Spartakusgruppe steht. Eine gewisse Erklärung dieses Umstandes finden wir jetzt in der „Berliner Arbeiterstimme“. Dort schreibt der Reichstagsabgeordnete **Dittmann** von der „Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft“:

Unwillkürlich fragt man sich, was mit einem solchen Buche beabsichtigt sein, wer wohl hinter ihm stehen, auf wen es in seiner Wirkung berechnet sein mag. Dazu kommt für mich ein Weiteres: das kampfstarke Bemühen, für das Wort jemanden zu bekommen, dessen Name in politisch radikalen Kreisen als Klammerbild benutzt werden könnte. Die Suche nach einem solchen Autor für ein Wort hat bestreudend viel Geld verschlungen, wie es nur bei Wählern möglich ist, deren Verteilungskosten von vornherein gedeckt sind. Ich weiß, daß man sich an verschiedenen Stellen einen Korb geholt und sehr beträchtliche Kosten dabei verursacht hat. Auch ist war mit der zweifelhaften Ebre bedacht worden, bei diesem Rinde die Parteistelle zu übernehmen. Jedenfalls bedanken sich die oppositionellen Kreise in der deutschen Sozialdemokratie dafür, sich ein solches Aussehen ins Reife legen zu lassen.

Nun, alle haben sich, wie der Fall **Julian Vorhardt** zeigt, eben nicht dafür bedankt, die Parteistelle für dieses Buch zu übernehmen. Aber in den vorstehenden Ausführungen **Dittmanns** wieder man unschwer die „prinzipiellen“ Gründe finden, die den Führer der Gruppe „Internationale“ hierzu bewegen haben. Auch diejenigen, denen **Julian Vorhardt**s Charakterbild nicht schon ohnehin fest stand, werden jetzt keinen Zweifel mehr darüber haben.

## Aus Industrie und Handel.

### Patentrechtsreform.

Zur Vereinfachung des Patentverfahrens ist durch Bundesratsverordnung bestimmt worden, daß Erfindung und Erteilung der Patente durch einen **Einzelprüfer** zu erfolgen habe, dem gegenüber der Anmelder ein Recht auf persönliche Anhörung erhält. Die Anmeldung dient nicht als vorschüssig, wenn der Prüfer nicht rechtswirksam verhandelt. Den bisherigen Vorschub erlegt die Verfügung. Die Sachverhandlung wird künftig nur aus drei statt wie bisher aus fünf Mitgliedern gebildet sein.

### Kein Wettbewerbs gegen die Kriegsanleihe!

Wie bereits angekündigt, hat der Bundesrat die Ausgabe von Zeitschuldverschreibungen und von Vorkaufanleihen mit noch oben fest begrenzter Dividende durch Verordnung von staatlicher Genehmigung abhängig gemacht. Dadurch soll verhütet werden, daß das Kapital eine lohnendere Anlage als Kriegsanleihe findet. Demselben Zweck hat auch der Ertrag des preussischen Handelsministers gedient, der gegen Herausgabe von Aktien mit wertvollen Bezugsrechten ohne ausreichenden wirtschaftlichen Grund Stellung genommen hat. Das hindert aber nicht, daß die **Sachjenwerf Licht** und **Krafft-Aktien-Gesellschaft** in Dresden eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 47 auf 77 Millionen Mark anstrebt.

### Kampfbereitschaft der englischen Handelsflotte.

Die englische Handelsflotte rüstet sich, um im sommergezielten Kampfe nach dem Abzuge der wirtschaftlichen Seeherrschaft der englischen Flotte zu erhalten. Es sind fünf große Trusts entstanden, die 40 Proz. der ganzen englischen Handelsflotte kontrollieren und die, obwohl ihre Schiffe verschiedene Routen betreiben, doch nach gemeinsamen Abmachungen untereinander fremde, also vorzüglich deutsche Wettbewerber, belämpfen werden. Diese Trusts sind:

Zusammensetzung der Schiffe		
	im Dienst	im Bau
Cunard	1 200 000	25 000
Penninsular and Oriental	1 500 000	198 000
Elstermon	1 810 000	143 000
Royal Mail	1 700 000	80 000
Harwich	1 300 000	163 000

Die Vertiefung der englischen Seeherrschaft ist beachtlich. Ihre Wirksamkeit für die Zeit nach dem Abzuge hängt aber von dem Erfolg unserer U-Boote ab.

### Die englische Baumwoll-Industrie leidet Not.

Die Firma **W. Hurat u. Co.** teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß der Mangel an Chemikalien, an Appreturmaterialien und an Arbeitern die Betriebe derart gefährde, daß die Produktion nur gerade noch aufrecht erhalten werden könne.

Die englischen Färbearbeiter erheben gegen die höheren Einfuhrzölle für Baumwollwaren Einspruch und haben zum Protest eine große Deputation an den Direktor des Nationaldienstes **Chamberlain** geschickt.

Der Ausschuss des Deutschen Handelstages hat einen **Gläubiger-Ausschuss** für das feindliche Ausland ins Leben gerufen, um durch gemeinsame Wahrnehmung der Interessen einer Mehrzahl von Gläubigern eine Erparung von Kosten und ein wirksameres Vorgehen zu erzielen. — Der Ausschuss verlangt bei der Stilllegung oder Einschränkung von Betrieben jeder Art infolge der Hilfsdienstpflicht geduldet, an der Berufsberatung der Hilfsdienstpflichtigen beteiligt und umfassender über die Pläne des Kriegsamts unterrichtet zu werden. — Zur Behebung der Mängel bei der Güter- und Abfuhr empfiehlt der Ausschuss die Bildung freiwilliger Organisationen, die von Gemeinden, Handelskammern und sonstigen Stellen zu beauftragen sind und eine möglichst rationelle Verwendung von Wagen, Pferden und Personen herbeiführen haben.

## Soziales.

### Wohnungsämter in Bayern.

Eine Ministerialentscheidung des kgl. bayerischen Ministeriums des Innern, die kürzlich erlassen wurde, erkennt die Notwendigkeit des Ausbaus der Wohnungswirtschaft rückhaltlos an. Es heißt darin: „Es ist geboten, daß Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ein eigenes Wohnungsamt errichten, das mit dem erforderlichen Personal zu besetzen ist und das insbesondere die notwendige Zahl von berufsmäßigen Wohnungsinspektoren im Hauptamt besitzt. Das gleiche wird notwendig für Gemeinden im Zwischenbereich 50 000 und 100 000 Einwohner, deren Bevölkerungszahl sich dieser oberen Grenze nähert, oder für die aus besonderen Gründen (z. B. sehr hoher Bestand von Kleinwohnungen, starke Zuwanderung von Arbeiterbevölkerung, rasche Zunahme der Industrie u. a.) die Errichtung eines eigenen Wohnungsamtes notwendig erscheint. Jedemfalls müssen auch diese Gemeinden Wohnungsinspektoren im Hauptamt und in der erforderlichen Anzahl bestellen. Für Gemeinden mit mehr als 10 000 bis 50 000 Einwohnern wird die Anstellung von Wohnungsinspektoren — sei es im Haupt- oder im Nebenamt — notwendig werden. Für den Betrieb des Wohnungsamtes sind die erforderlichen Satzungen und Dienstvorschriften (Wohnungsordnungen) zu erlassen.“

Das Recht des unehelichen Kindes in Frankreich hat bekanntlich vor einigen Jahren eine wesentliche Verbesserung erfahren. Bis zum 16. November 1912 war jedes „Frischen“ nach der Vaterpflicht verbunden; die Vereitigung dieses lächerlichen Unrechts ist aber erst jetzt vollendet worden, da — nach „Domme enquis“ vom 22. 2. 1917 — ein Beschluß des Kassationshofes dem Gesetz von 1912 die notwendige Kraft verlieh. Hiernach ist die „recherche de la paternité“ auch jenen unehelichen Kindern gestattet, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. November 1912 geboren sind.

### Auch ein Minderer gewöhnt sich an Unfallfolgen.

Einem durch Betriebsunfall ganz erblindeten Schiffbauer, der auch sonst ein kranker Mann war, hatte das D.M.A. die Hilflosenrente in voller Höhe des Jahresarbeitsverdienstes zuerkannt. Der Refus der V. W., die nur 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes gewähren wollte, wurde vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen. Es nahm an Grund arztlichen Gutachtens an, daß der Verletzte dauernd auf die Hilfe einer fremden Person im erheblichen Umfang angewiesen sei, weil er seines körperlichen Zustandes wegen zu diesen Verrichtungen des täglichen Lebens aus eigener Kraft nicht mehr imstande sei.

Aber nach kurzer Frist setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes herab, weil der Verletzte sich im Räume zu orientieren vermöge und sein Laufen sich so ausgebildet habe, daß er keine Gegenstände, einen Hammer, eine Feilschleife, eine Schraube, eine Schere, durch Abtasten erkennen könne. Ebenso wolle er Gegenstände genau zu lokalisieren. Wenn er mit geschlossenen Fingern fühle, trete ein Schwanken nicht auf; die Hilfeleistung durch fremde Personen überschreite den Zeitraum von 1 Stunde pro Tag nicht.

Der im Einspruchsverfahren gehörte Arzt sprach sich für die Weitergewährung der Hilflosenrente in voller Höhe des Jahresarbeitsverdienstes aus. Eine Besserung sei durchaus nicht nachzusehen. Insbesondere die Berufsgenossenschaft lehnte sich daran nicht; sie bezeichnete das Gutachten des Arztes als völlig unzulänglich, die subjektiven Angaben des Verletzten als unzuverlässig abgelehnt. 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes seien völlig ausreichend. Zur weiteren Begründung der Herabsetzung der Hilflosenrente auf 50 Prozent wurde auf eine Refusentscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 2. Januar 1913 Bezug genommen, nach der sich auch ein Minderer gewöhnt. Der Verletzte sei in seinem Fall mehr so von seiner Umgebung abhängig, wie z. B. ein Gelähmter; denn er mache alle Gänge mit. So die Berufsgenossenschaft.

Das Oberversicherungsamt hat sich dieser eigenartigen Begründung angegeschlossen und die Rente zurückgemindert. Infolge von Gewöhnung sich im Räume zu orientieren und Gegenstände zu lokalisieren, müsse eine Besserung angenommen werden. Selbst bei der Verlethung der Refusentz verzeihen lassen. Kommentar hierzu ist überflüssig.

Verantwortlich für Inhalt: **Hermann Müller, Tempelhof**; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz, Reußlin**; für Anzeigen: **Ed. Glöck, Berlin**. Druck u. Verlag: **Schwartz's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

### Sterzu I Seilage und Unterhaltungsblatt.

## Schwache Augen. ♦ Schlechtes Sehen.

Das letzte Schicksal aller Augenlinsen ist am Ende für alle das gleiche: das Zerbrechen. Aber ihre Lebensdauer ist so interessant verschieden, daß man in der heutzutage in welcher jeder Augenarzt auch Augenlinsen braucht und ausgetauscht wird. Am liebsten von allen Dr. Jäger des Adipers unterliegt das Zerbrechen des Auges dem Altersprozeß. Die Brillenlinsen die bis zum etwa 42 Lebensjahre eine solche Veränderung ihrer Unklarheit erfahren, daß das genaue und mißlose Fernsehen Schicksal in der Nähe recht erschwert ist. Man ist, um

kleine Schrift, die Lesung der Nadeln usw. genau lesen zu können, genötigt, sie weiter von Auge zu entfernen, als bisher. Das Auge ist allmählich geworden. Der Hauptgrund liegt am Auge, das Alter usw., aber er hat von diesen fernstehenden Dingen nur ein undeutliches, verschwommenes Bild. Für solche Menschen ist ein Augenstich eine in ihrer Erfahrung. Kann glaublich ist es, wie viele Brillenbesitzer sich lieber der grausamsten Selbstquälerei unterwerfen und dadurch durch Leben wandern, bevor sie sich zu dem Gebrauch

eines Augenlinsen entschließen. Aber mit der richtigen Nummer der Brillenlinsen ist es noch nicht getan; die Brillenlinsen auch richtig vor den Augen sitzen. Oben dem man sich eigentlich nur bei der Größe der Brillen; erst der Übergang vom Brillenlinsen, immer schärferen „Kleiner“ zum heutigen Dreizehntelchen Anker der bestimmten Optiker Klob's Optischen Anstalt erbrachte den teilweisen Fortfall der Brillen, aber auch ihre Größe im guten Sinn ohne lästigen Druck. Optiker Klob's Dreizehntelchen hat sich sowohl als Arbeits- wie als Fernsehbrille vorzüglich eingefunden. Beim Ablesen und Arbeiten, die längere Zeit erfordern, wird die Brille oftmals in ihren alten Rechten bleiben. Optiker Klob's Klob- und Refe-

brille der Handlung wird sich auch weitere Freunde erwerben. Allerdings Preisbesitzer der Optiker Klob's nicht, sondern Preise, die jedem erwerblich sind. 60jähriges Bestehen der Firma bürgt für Reklame und Zufriedenstellung. Erkenne die Brille — leicht auf den entgegengesetzten Stellen und Geraden — werden sich daher stets der Optiker Klob's Brillen Anstalt entsinnen. Die Firma hat aber keine Filialen, sondern einzig und allein das weltbekannte Geschäft **Franfurter Allee 21, zweites Haus von der Vorhänger Straße**, augenärztlichen finden von 9-11 Uhr vormittags und 3-7 Uhr abends statt. Man wachse in auf die Firma **Optiker Klob, Franzfurter Allee Hausnummer 21.**



Neue Eingabe der Gewerkschaften

zum Plan für das Wirtschaftsjahr 1917/18.

Berlin, den 1. März 1917.

An den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts, Erzellenz v. Batocki, Berlin.

Ev. Erzellenz!

In Erwartung der bevorstehenden Aufstellung des Wirtschaftsplanes für die Volksernährung im Erntejahr 1917/18 haben die landwirtschaftlichen Vertretungen nicht gekümmert, ihre Forderungen in weitesther Deffektivität zum Ausdruck zu bringen. Die landwirtschaftlichen Hochschullehrer

haben das Ergebnis ihrer Beratungen in 10 Zeiträume zusammengefaßt, die sich im wesentlichen mit der Preisgestaltung beschäftigen. Sie lehnen Zwangsmaßnahmen in die Produktion ab, mit Ausnahme der Befestigung unbepflanzten Landes durch die Kommunalverbände. Selbst die Begrenzung der Tierzucht, insbesondere der Schweinehaltung, soll nicht durch Zwang, sondern durch sachgemäße Preisgestaltung und durch Entziehung der Futtermittel erreicht werden. In der Preisbestimmung, für die die freie Preisbildung zur Behinderung unrentabler Teuerungen auch fernerhin aufgeschlossen sein soll, soll ausschlaggebend sein die Beschaffung möglichst ausreichender Nahrungsmittel für die Menschen. Die Politik des Anreizes wird als verwerflich bezeichnet; nur für Getreide, Hülsenfrüchte und Getreidepflanzen wird eine günstige Preisbestimmung als notwendig erachtet. Bezüglich der Höhe der Getreidepreise wird eine Herabsetzung der Roggen- und Weizenpreise, dagegen eine Erhöhung der Preise für Gerste und Hafer verlangt. Der Kartoffelpreis soll von 4 auf 5 M. pro Zentner erhöht werden. Dagegen wird eine Senkung der Schlachtviehpreise nahegelegt, für Rinder um 15 und für Schweine um 20 bis 25 Proz. Die Milchpreise sollen wiederum eine Erhöhung erfahren, während die Butterpreise als verhältnismäßig hoch bezeichnet werden.

Ist an diesen Vorschlägen eine gewisse Mäßigung nicht zu verlangen, so sieht sich der

Deutsche Landwirtschaftsrat

augenscheinlich jeder Rücksichtnahme auf die Lage der minderbemittelten Schichten der Verbraucher entbehren, denn er verlangt eine Erhöhung der Brotgetreidepreise ohne Senkung der Futtermittelpreise, eine erhebliche Erhöhung der Kartoffelpreise und Zuckerrübenpreise und die Festhaltung der bisherigen Schlachtviehpreise, damit auch weiterhin in unbegrenztem Maße Tiere gemästet und zu diesem Zwecke für menschliche Nahrung geeignete Lebensmittel veräußert werden können. Grundsätzlich der Arbeiterbeschaffung verlangt der Landwirtschaftsrat Bewilligung, Kriegsgefangene, Ausländer, besonders Polen, und Fortbildungsschüler sowie Volksschüler älterer Jahrgänge, also möglichst billige Arbeitskräfte, ohne der Hilfskräfte, die ihm das Hilfsdienstgesetz zu angemessenen Löhnen zur Verfügung stellen will, auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Außerdem richten sich die Wünsche des Deutschen Landwirtschaftsrats auf die Überlassung von Gelehrten, größeren Futtermitteln und künstlichem Dünger an die Landwirtschaft. Von einer Zwangsregelung der Erzeugung will auch er nicht wissen, sondern es den Gemeinden überlassen, die auf sie entfallende Gesamtmenge von Lebensmitteln auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit umzulagen und die Ware billiger zu erfassen, wozu ein Ausdich von landwirtschaftlichen Besitzern in jeder Gemeinde zu bilden sei.

Die Organisationen der deutschen Arbeiter und Angestellten müssen gegen die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats die nachdrücklichste Verwahrung einlegen.

Aber auch die Grundzüge der landwirtschaftlichen Hochschullehrer für die Preisgestaltung erscheinen ihnen nicht völlig zeitgemäß. Sichtlich ist eine andere Preisrelation zwischen Brot- und Futtermitteln, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchprodukten notwendig, um zu verhindern, daß die für die Ernährung der Menschen benötigten Nahrungsmittel veräußert oder unrentabel veräußert werden. Der landwirtschaftliche Betrieb hat sich völlig rentabel erwiesen, so daß eine neue Preisbestimmung nicht in die Erhöhung der Brotgetreide-, Kartoffel- und Futtermittelpreise gesucht werden muß, sondern in einer entsprechenden härteren Herabsetzung der Preise für Brotgetreide, Kohlrüben, Zuckerrüben, Vieh- und Milchzeugnisse.

Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Erhöhung der

Preise für Winterkartoffeln,

da schon die Preissteigerung von 4 M. im Herbst 1916 starke Verunsicherung der Arbeiter hervorgerufen hat. Die Erwartung, daß der höhere Preis die Winterversorgung mit Kartoffeln erleichtern werde, ist nicht erfüllt worden, wie denn überhaupt die Preissteigerung, sobald man ihr Raum läßt, sich an keinerlei Schranken lehrt. Die Erfindung der für die Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlichen Kartoffelmengen ist durch keine Preispolitik sicherzustellen, weil es schlechterdings unmöglich ist, der Landwirtschaft solche hohe Preise zu zahlen, daß der Anreiz der Zurückhaltung und Verfüterung überwunden würde. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsweise durch Beschlagnahme zu entnehmen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, daß die Kartoffeln den Erzeugern rechtzeitig abgenommen werden.

Hinsichtlich der Neuerscheinung der

Getreidepreise

ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Absicht besteht, einen Ausgleich zwischen Brot- und Futtermitteln durch Erhöhung des Brotgetreides um 40 bis 50 M. pro Tonne herbeizuführen.

Wir wissen die Schweregeleiten einer wirksamen Preisrelation auf diesem Gebiet durchaus zu würdigen, erachten es aber dringlich für vollkommen ausgeschlossen, einer solchen Erhöhung der Brotgetreidepreise zuzustimmen. Das ließe das brotverbrauchende deutsche Volk abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfern. Eine solche Maßnahme würde einmütiger Erbitterung begegnen. Wir warnen das Kriegsernährungsamt auf das entschiedenste, diesem Standpunkt Konzeptionen zu machen.

Ferner halten die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herabsetzung der

Preise für Schlachtvieh und Fleisch

unter allen Umständen für notwendig und protestieren gegen die Forderung des Landwirtschaftsrats, die Preisrelation auf der Basis der bisherigen hohen Vieh- und Fleischpreise aufzubauen.

Hinsichtlich der

Milchzeugnisse

ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstpannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen festzusetzen. Auch müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß Milch und Milchzeugnisse (Zugmilch, Butter, Käse) mehr als bisher dem rationierten Verbrauch zugewandt werden.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Düngemitteln, Futtermitteln und Dünge- und Düngemitteln stimmen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Bewährte, Gefangene, Ausländer

und Hilfsdienstpflichtige handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßigste zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmaßnahmen keineswegs die geeignetste Lösung.

Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der seitlicheren Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anbauflächen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Aufstellungen durch das Kriegsernährungsamt und die Wirtschaftsämter überwachen läßt.

Das Kriegsernährungsamt und das Kriegsernährungsamt haben in der Bewilligung von Arbeits- und Gespinnststoffen, Futtermitteln und Düngemitteln die Möglichkeit, auf die Befolgung eines solchen Wirtschaftsplanes hinzuwirken. Die Zwangsmaßnahmen sind durch rechtzeitige Schätzungen und Nachprüfungen zu ermitteln und die Verteilung zwischen Erzeuger- und Verbraucherstellen darauf einzustellen. Den Selbstbewirtschaftern darf keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden, als den übrigen Verbrauchern. Die Lebensnahme der abzuliefernden Lebensmittel erfolgt durch die Gemeindeverwaltungen. Im Falle der Nichtablieferung haben die letzteren die widerrechtlich zurückgehaltenen Mengen zu beschlagnahmen und zu enteignen.

Die Zentralgewalt muß indes auf das Reich übertragen werden, während die Schaffung eines

preussischen Staatskommissariats

für Volksernährung von der Absicht geleitet ist, den Reichsbehörden keine Machtvolle auf die unteren Organe der Staatsverwaltung einzuräumen. Auch erachtet sich die Zuständigkeit des preussischen Staatskommissariats nicht auf die Produktionssteigerung, die nach wie vor dem preussischen Landwirtschaftsministerium vorbehalten bleiben soll. Es bedarf nur der Erwägung, daß jeder deutsche Bundesstaat sich gleichfalls durch eine Sonderorganisation von der reichsrechtlichen Regelung der Kriegsernährung abheben will, um zu erkennen, daß ein solcher Zustand mit dem Wohle des Volkes unvereinbar ist.

Das preussische Ministerium des Innern hat eine Erweiterung der unteren Organisation in den ländlichen Kreisen zur besseren Eröffnung der landwirtschaftlichen Produkte angeordnet, die an der altpreußischen Ueberlieferung, daß alle Äden der Organisation in der Person des Landrats zusammenlaufen, festhält. Die Landratsämter sollen durch Kreis-Kommissionen — neben den bereits angeordneten Kriegswirtschaftsstellen, die vorwiegend für die Sicherung der Erzeugung tätig sein sollen — so wie durch Errichtung von Kreisgeschäftsstellen befähigt werden die Aufgaben der Volksernährung sachgemäß zu erledigen. Wir begrüßen jede Verwirklichung der unteren Verwaltungsorganisation, auf der die hauptsächlichste Arbeit lastet, sofern sie nicht einseitig dem Interessenkreis der Erzeuger dienstbar gemacht wird. Die Tatsache, daß die Landräte alle Äden in der Hand behalten sollen und daß eine Vertretung der Verbraucher in den Kreis-Kommissionen nicht vorgezogen ist, bürgt uns aber nicht dafür, daß die vorgeschlagene Neuorganisation imstande wäre, die landwirtschaftlichen Produkte besser zu erfassen.

Wir empfehlen daher erneut, das Kriegsernährungsamt in angemessene Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt zu bringen und diesem die Befugnis zu verleihen, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Bestimmungen desselben zu überwachen und die für die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Heeres benötigten Lebensmittel zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken. Die unteren Behörden, auf welche sich das Kriegsernährungsamt zur Durchführung seiner Aufgaben stützen muß, sind in den Bezirken der Generalkommandos zu schaffen und den Weisungen des Kriegsernährungsamts durchaus zu unterstellen.

Ergebnis

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Segien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Franz Behrens.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (S. D.)

G. Hartmann.

Polnische Berufsvereineigung.

J. A. u. G. W. G. W. G.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.

Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Dr. Gölle.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung, Freitag, 9. März 1917, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische Tische v. Schorlemer.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Dittlich (L.) in der üblichen Weise. Hierauf wird in die zweite Beratung des

„Korsettgesetz“

eingetreten. Abg. v. Dies (L.): Die Anstellungsverhältnisse in der Forstverwaltung geben zu vielen Klagen Veranlassung. Das kommt daher, weil früher zu viel Anwärter angenommen wurden. Deshalb kommen alle zu spät zur Anstellung. Dem muß aber entgegengetreten werden.

Abg. Wenke (Sp.): Auch auf den Forstbeamten lassen die Teuerungsverhältnisse schwer. Überflüssige Stellen sollten ausgemergelt werden, so z. B. die Oberförstereien ohne Revier. Kriegsbeschädigte sollten am und im Walde in großer Zahl angestellt werden. Der Sammelstellen hat stark zugenommen. Dadurch wird der Wildschaden vergrößert. Die gewöhnlichen Entschädigungen sind ganz ungenügend. Jeder Wildschaden raubt und außerdem noch Nahrungsmittel. Das Sammeln von Weeren und Wilden sollte allgemein gestattet werden. Leider werden viel zu viel

Nahrungsmittel für die Wildverfütterung

verwendet. Fasanen werden immer noch mit Getreide gefüttert. (Hört! hört! links.)

Abg. Jehr, v. Wolf-Weiternich (Z.):

Manche Waldbesitzer sind nicht sehr vollkommen. Der Waldbesitzer muß daher das Recht haben, solche Besucher abzuweisen. Sonst leidet auch die öffentliche Gesundheit Schaden. Ich denke da an manche Wandervogel. (Hört! hört!) Die Wildbestände sind sehr zurückgegangen. In manchen Gegenden ist der Bestand an Hasen und Fasanen ganz vernichtet worden.

Minister Jehr, v. Schorlemer:

Die Anstellung von Kriegsbeschädigten wird gefördert werden. Geeignetes Land soll zur Verfügung gestellt werden. Dort die Holzpreise. Es ist eine Sache des Fiskus, aus dem Holz be-

sonders hohe Einnahmen zu erzielen. Ich habe Anweisung gegeben, daß der Armer und weniger bemittelten Bevölkerung Holz zu erträglichen Preisen zugänglich gemacht wird. Wir haben das zuerst versucht in der Form von beschränkter Versteigerungen, bei denen nur bestimmte Orte oder nur Kriegsernährungsstellen zugelassen wurden. Diese Form hat sich nicht bewährt, weil die Beteiligten gegenständig die Preise so in die Höhe trieben, daß sie unerschwinglich wurden. Nun wird ein bestimmtes Quantum Holz zu angemessenen Preisen für die Bedürftigen zur Verfügung gestellt. Auch die Wälder, die keine Kohlen hatten, haben billiges Holz bekommen. (Sehr gut! rechts.) Schon lange vor dem Kriege ist kein Terrain aufgefördert worden, das für landwirtschaftliche Nutzung in Frage kam. Jeder verfügbare Boden wird zur Erzielung von Nahrungsmitteln verwendet.

Abg. Dr. Bredt (H.): Die Wälder der Wälder sollten in größerem Maße der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Wir müssen den Wald nach dem Kriege in alter Sicherheit und aller Früchte erhalten wissen.

Abg. Wierdorff (natl.) bepricht den Wildschaden. Der Wildschaden muß gemindert werden. Die Füchse haben überhand genommen. Lieberhaupt ist das Raubzeug zur Plage geworden.

Oberlandforstmeister v. Freyer: Auf die Versteigerungen können wir nicht verzichten, weil das Holz so an die Orte kommt, wo es am meisten gebraucht wird. Gleichzeitig kann aber die minderbemittelte Bevölkerung Holz zu erschwinglichen Preisen erhalten. Die Förster und Oberförster ohne Revier werden nach dem Kriege verschwinden, da die Verluste groß sind.

Der Haushalts der Forstverwaltung wird genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts der Domänenverwaltung.

Abg. Henneberg (L.): Das Gesamtbild des Domänenhaushalts ist erfreulich, obwohl von den Russen in Ostpreußen 12 Domänen gerodet worden waren, zu deren Wiederherstellung 1/2 Millionen Mark aufgewendet werden mußten. Eine Domänenaufstellung ist immer gefährlich und unrentabel. Hätte man den Großgrundbesitz gerodet, so könnten wir heute nicht Englands Auswanderungsplänen trotzen. Der Ertrag der Domänen ist natürlich je nach der Intensität der Bearbeitung verschieden.

Abg. Delius (F. Sp.): Die Steigerung der Pachtpreise ist sicherlich ein Gradmesser für die

günstige Lage der Landwirtschaft.

Eine besondere Rolle der Domänenpächter Kleingewerks vorhanden. Wenn die Verpachtungen öffentlich wären, würde man noch höhere Pachtsummen erzielen. Es werden zu wenig Domänen aufgeteilt. Statt dessen wird an einzelne große Leute weiter verpachtet. Die Anhängigkeit des Pächters hat sich im Krieg als gefährlich erwiesen. Vielfach haben die Großgrundbesitzer Kartoffeln zurückgehalten. Bei künftigen Neuverpachtungen muß der Gedanke der inneren Kolonisation mehr zum Durchbruch kommen. Die ungerechte Besitzverteilung führt zu einer Verödung der Dörfer.

Ministerialdirektor Brämmer: Wenn wir mit Brot versorgt sind, so ist das im wesentlichen ein Verdienst des Großgrundbesitzers. Ich muß betonen, daß die Domänenpächter mit Kartoffelversteigerungen zurückgehalten hätten. Die freihändige Verpachtung ist jetzt notwendig, weil ein neuer Pächter zu den jetzigen Preisen das Risiko der Übernahme des Inventars meist nicht eingehen wird.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Etat genehmigt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11. Uhr (Eisenbahnhof).

Hauptauschuß des Reichstages.

In der Sitzung am Freitag sehte der Ausschuß zunächst die allgemeine Erörterung über die Steuerentwürfe

fort.

Abg. Stresemann (natl.) erklärte sich entschieden dagegen, daß der Zuschlag zur Kriegsteuer über den Vorschlag der Regierung, also über 20 Proz., erhöht werde. Schon jetzt sei die Steuer für viele Kreise überaus belastend und führe zu argen Härten. Die Kohlensteuer habe allerdings für die Kriegszeit wenig Wert, jedoch für später eine sehr große Bedeutung. Aus dem letzten Grunde stelle die nationalliberale Partei ihre Bedenken, die sie gegen die Kohlensteuer habe, zurück und werde für sie stimmen.

Der Staatssekretär im Reichsschatzamt erwiderte, daß infolge der Ausföhrungen einige Härten bei der Besteuerung eingetreten seien. Dies treffe aber doch nur einige wenige Gesellschaften und die hinter ihnen stehenden Kreise, die sehr leistungsfähig seien. Rücksichtsvoller soll verfahren werden, im nächsten Gesetz die Härten zu vermeiden. Die Kohlensteuer trifft allerdings auch die Einzelstaaten in hohem Maße. Es müßte aber festgestellt werden, daß die Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten einmütig den Plan der Kohlensteuer gebilligt hätten. Daß für die Gültigkeit der Kohlensteuer eine Frist ins Gesetz eingefügt werden soll; dem könne die Reichsleitung dann zustimmen, wenn die Frist nicht zu kurz angelegt werde, wie es der Deutsche Handelskongress verlangt habe.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Kohlensteuer habe in dem Ausschuß von den verschiedenen Parteien eine solche Kritik erfahren, daß diese Steuer eigentlich gar nicht mehr in Betracht kommen dürfte. Unwiderleglich sei der Nachweis, daß die Kohlensteuer während der Kriegszeit

kein Geld in die Reichskasse

bringen werde, dagegen eine ungeheure Menge von verächtlichem Unwillen hervorgerufen hätte. Deshalb sollten die Parteien im Erfah der Kohlensteuer forschen. Die Sozialdemokraten haben in erster Linie vorgeschlagen die Erhöhung des Zuschlags zu der Kriegsteuer. Der Redner weist eingehend auf Grund genauer Ausrechnungen nach, daß die Kriegsteuer auch dann sich durchaus in angemessenen Grenzen hält, wenn der Zuschlag auf 33 1/2 Proz. erhöht wird, wie es die Sozialdemokraten verlangen. Auch die Produktion werde durch eine solche Steuer durchaus nicht geschädigt. Außerdem könne in Betracht kommen die Wagnisnahme, die bereits bei der vorigen Beratung in der ersten Lesung angenommen, später allerdings wieder beseitigt worden ist, nämlich: daß den Aktiengesellschaften ein Wehrbeitrag auferlegt werde. Dazu müßte die Reichsobersteuerverwaltung kommen. Sollten die bürgerlichen Parteien sich zu diesem Schritt nicht entschließen können, so läme in Betracht der § 9 Absatz 2 des Kriegsteuergesetzes, nach dem eine Steuer zu zahlen ist von dem Vermögen, soweit es 10 Proz. des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgesetzten Vermögens übersteigt. Diese Besteuerung sei allerdings in dem gegenwärtigen Gesetz ganz geringfügig, könne aber mit Leichtigkeit erhöht werden. Ferner seien alle Gründe, die gegen unseren Antrag einer

besseren Erbschaftsteuer

vorgebracht worden sind, durchaus nicht berechtigt. Auch die Reichsobersteuerverwaltung müßte kommen. Wenn sie jetzt nicht durchgeführt werden könnte, dann blieb noch immer der allerdings sehr unbefriedigende Erlass, daß veredelte Matrikularbeiträge den einzelnen Bundesstaaten auferlegt werden. Unter keinen Umständen dürfte man aber zur indirekten Steuer greifen, weil die gerade in der jetzigen Zeit die arme Bevölkerung in unvorantwärtlicher Weise treffen würde. Nicht richtig sei es, daß für alle



Arbeiter der Lohn gestiegen sei; weite Kreise der ärmeren Bevölkerung hätten kein größeres Einkommen und wären infolge der allgemeinen Teuerung in eine traurige Lage gekommen. Wo aber der Verdienst des Arbeiters gestiegen sei, da bleibe er doch in der Regel weit hinter der Teuerung zurück. In der gegenwärtigen Zeit müßten wir daher mit Bescheideneren auskommen; das könnten wir auch. Für die Zeit nach dem Kriege würden weder Bescheideneren allein genügen, noch Verbrauchsteuern allein, noch beide Steuerarten, sondern da müßte ganz besonders der Kapitalgewinn den Kapitalisten entzogen und der Gesamtheit zugewandt werden, also das Gebiet der Staatsbetriebe ganz bedeutend erweitert werden.

Abg. Koole (Soz.) wies eingehend nach, wie verderblich die Kohlensteuer auf die ärmere Bevölkerung einwirkte, und welche Erbitterung sie hervorzurufen müßte. Auch sei es durchaus berechtigt, daß denjenigen Leuten eine viel größere Steuer auferlegt werde, die aus der Kriegszeit durch Lieferungen erhebliche Gewinne erzielen.

Abg. Brauhäuser (L.): Seine Freunde werden gegen den Antrag stimmen, daß der Zuschlag der Kriegsteuer auf 33% Prozent erhöht werde. Die Kohlensteuer würden seine Freunde annehmen, allerdings mit der Bedingung, daß sie erst im Sommer eingeführt werde und etwa fünf Jahre nach dem Frieden wieder fallen muß.

Abg. Riefing (Rp.) trat besonders eifrig für die Kohlensteuer ein. Die armen Leute brauchen wenig Kohlen, dagegen würde die Verbrauchsteuer zu unbedeutenden Härten führen.

Abg. Müller-Fulda (Z.) erklärt, daß seine Freunde für den von der Regierung vorgelegenen Zuschlag zur Kriegsteuer von 20 Proz. stimmen werden, da ihre Bedenken gegen diese Maßnahme durch die Erklärungen der Reichsleitung und der bürgerlichen Parteien beseitigt seien. Dagegen seien die Bedenken gegen die Kohlensteuer durch die Aussprache in keiner Weise widerlegt worden. Vor solchen Maßnahmen müßte daher gerade in der jetzigen Zeit dringend gewarnt werden. Von Produktionsmonopolen verspreche er sich keinen Vorteil, da der Staat steuer arbeiten werde als Privatleute.

Nach der Bemerkung eines Regierungsvertreters ist die allgemeine Aussprache beendet.

Hierauf wurde das Gesetz über die

#### Erhebung eines Zuschlages zur Kriegsteuer

beraten. Der Antrag der Sozialdemokraten, den Zuschlag von 20 Prozent auf 33% Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt. Zum § 1 hatte das Zentrum einen Antrag eingebracht, wonach der Zuschlag je nach der Zahl der Kinder auf Antrag ermäßigt werden soll, sofern der Vermögenszuwachs 100 000 M. nicht übersteigt. Sind zwei Kinder unter 18 Jahren vorhanden, so soll der Zuschlag von 20 auf 15 Proz. ermäßigt werden, bei drei Kindern auf 10 Proz., bei vier Kindern auf 5 Proz., und bei mehr als fünf Kindern soll der Zuschlag fortfallen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird dieser Vorschlag dahin geändert, daß die Herabsetzung des Zuschlages nur dann eintritt, wenn das Gesamtvermögen einschließlich des Vermögenszuwachses 100 000 M. nicht übersteigt. Ebenso wird ein Antrag der Deutschen Partei angenommen, wonach bei künftigen Steuerentwürfen in geeigneten Fällen der Familienstand berücksichtigt werden soll.

Abg. Graf v. Westarp (L.) beantragte, für die Erhebung des Zuschlages sind von den nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen 10 Proz. des für den Anfang des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens abzuziehen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. — Dann wurde ein Antrag der fortschrittlichen Volkspartei angenommen, nach welchem die durch einen späteren Vermögensverlust verursachten Härten beseitigt werden.

Im § 2 ist die Abgabe für die Gesellschaften auf den Betrag begrenzt, der nach dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne zurückzuführen war, also auf 50 Proz. Diese Bestimmung begünstigte gerade diejenigen Gesellschaften, die die größten Gewinne erzielt haben. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird diese Bestimmung gestrichen. Ferner wurde auf sozialdemokratischen Antrag in das Gesetz eingefügt die Bestimmung, daß die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegsteuer durch die Bundesstaaten oder Gemeinden (Gemeindeverbände) unzulässig ist. Abgelehnt wurde ein Antrag der Konservativen, den Betrag Reichsanlage zu erheben, bei Ausarbeitung des geplanten neuen Kriegsteuergesetzes auf Unterscheidung der Kriegsgewinne von dem sonstigen Vermögenszuwachs Bedacht zu nehmen und dabei die Freilassung des Vermögenszuwachses, soweit er dem durchschnittlichen Zuwachs der Vermögen in Friedenszeiten entspricht, zu erwägen. Eine solche Unterscheidung könnte nur zu dem Ziel führen, die Besteuerung erheblich herabzusetzen. Ein Versuch nach dieser Richtung hin ist bereits bei der Beratung des jetzt geltenden Kriegsteuergesetzes gemacht worden, aber gescheitert. Damit ist diese Beratung dieses Gesetzes erledigt.

Die Kommission vertrat sich auf Sonnabend.

### Die Herabsetzung der Viehpreise.

Zur Ernährungsausgleich des Reichstags fand am Freitag die Herabsetzung der Viehpreise zur Erörterung. Die Preise für Schweine bis zum Gewicht von 100 Kilogramm sollen gesenkt werden um 14 bis 20 M. pro Zentner; für Rinder um 10 bis 15 M. Die neue Preisfestsetzung soll für Schweine am 1. Mai, für Rinder am 1. Juni beginnen. — In der Besprechung befasste sich die Kommission mit der Herabsetzung der Preise für die Viehhändlerverbände und eine Senkung der Fleischpreise, da die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen viel zu hoch sei. Dagegen spricht er sich sehr entschieden gegen eine Herabsetzung der Viehpreise, besonders der Schweinepreise aus.

Abg. Hoff (Rp.): Wir hätten die Schwierigkeiten in der Volksernährung nicht gehabt, wenn wir nicht die Viehpreise so hoch gestellt und damit den Anreiz zur Verfütterung des Getreides gegeben hätten. Dieses Getreide fehle uns für die Ernährung der Bevölkerung. Wir können einen großen Viehbestand gegenwärtig nicht mehr aufrechterhalten.

Abg. Dr. Masinger (Z.): Die Brotgetreidepreise sind künstlich so niedrig gehalten worden. Die Herabsetzung der Viehpreise würde die Landwirtschaft schwer schädigen. Medner wendet sich sehr entschieden gegen eine größere Abflachtung des Viehs.

Abg. Dr. Kofide: Die Viehpreise sollen zu einer Zeit herabgesetzt werden, in welcher alle anderen Preise hinaufgehen. Die Viehhaltung liegt in der kleinen Landwirtschaft, die den Schaden tragen müßte, während die erhöhten Roggenpreise mehr dem Großgrundbesitz zum Vorteil gereichen. Das ist kein erwünschter Ausgleich in der neuen Preisfestsetzung.

Der Präsident des Kriegsernährungsausschusses v. Batschi bemerkt, daß es unhaltbar wäre, die Viehpreise zu erhöhen und die Viehpreise auf der gegenwärtigen Höhe zu belassen. Der Antrag sei heute beim Reichstag vorteilhafter zu verwerfen, als wenn er an die Reichsregierungsstelle abgeliefert wird und das nun unterbunden werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Zur Entscheidung steht nicht, ob wir Fleisch und Fett haben oder vegetabilische Nahrungsmittel, sondern: wie können wir die Bevölkerung am sichersten ernähren? Die Nahrungsmittel, Getreide und Kartoffeln, müssen für die menschliche Ernährung reserviert werden; denn bei der Verfütterung gehen uns

vier Fünftel des Nährwertes verloren. Diesen Verlust können wir für die Zukunft nicht mehr ertragen. Wir müssen deshalb zu einer besseren Brotverforgung, reichlicherem Zuschlag von Nahrungsmitteln aus Getreide und Hafer und Zuteilung größerer Kartoffelquantitäten kommen. Das kann geschehen, wenn wir alle Verwertung von Nahrungsmitteln für die Viehhaltung unterbinden. Durch die Herabsetzung der Viehpreise wird dieses Ziel erreicht. Eine Schonung muß lediglich unter Milchvieh erfahren, und das Kriegsernährungsausschuss muß dafür sorgen, daß die Milch mehr für die städtische Bevölkerung und die Magermilch zur Käsebereitung verwendet wird. Auch hier muß ein weitergehendes Verbot der Verfütterung eintreten. Die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen muß gesenkt werden. In Düsseldorf zahlt man für ein Pfund Fleisch 50 Pf. bis 1 M. mehr als in Berlin. Das ist ein ungeheurer Zustand. Die Gemeinden müssen den Fleischverkauf in die Hand nehmen und eigene Verkaufsstellen errichten.

In der weiteren Debatte kommen immer wieder die Gegensätze zum Ausdruck, die in der Behandlung unserer Viehbestände vorhanden sind. Während von dem Vertreter der Landwirtschaft jeder Eingriff in die Viehbestände sowie die Preisüberhebung bekämpft werden, wagt man auf der anderen Seite geltend, daß im Interesse der Volksernährung unsere vegetabilischen Nahrungsmittel gegen die Gefahr einer größeren Verfütterung geschützt werden müssen und die Preise für Vieh weit über das zulässige Maß hinausgegangen sind. — Man besprach sodann, wieviel Ungleichheiten aus den Störungen in unserem Transport der Lebensmittel entstehen sind und forderte der Eisenbahnverwaltung gegenüber, daß sie diese Transporte mehr bevorzugt. Die Kartoffeln müßten gegenwärtig

#### in geheizten Personenzügen

bevorzugt werden. Es dürfte nicht vorkommen, daß durch Behinderung der Zufuhr von Getreide und Mühlenfabrikate bei der jetzigen Knappheit der Lebensmittel der Versorgung neue Hindernisse bereitet werden. Gegenwärtig muß der Transport der Lebensmittel den Vorrang haben gegenüber dem Personenverkehr.

Ein Vertreter der preussischen Eisenbahnverwaltung suchte die Schwierigkeiten darzulegen, die bei den gesteigerten Ansprüchen vorhanden sind, und die nicht ganz behoben werden können. Man gewann den Eindruck, daß auch leider für die zukünftige Zeit noch mit Schwierigkeiten in der Beförderung zu rechnen ist.

### Herrenhaus gegen Abgeordnetenhaus und Regierung.

Die Diätenvorlage ist gestern vom Herrenhause mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Was die Konservativen im Abgeordnetenhaus nicht durchzusetzen vermochten, das haben sie in der ersten Kammer mühelos erreicht. Der Regierung ist ein tüchtiger Schlag ins Gesicht verfehlt, aber die Sache wird dadurch kompliziert, daß dieser Schlag noch stärker die Mehrheit des Abgeordnetenhauses trifft — eine Mehrheit der Linken und des Zentrums allerdings, das eben erst in den Schorlemerdebatten mit der Rechten feste zusammenhielt. Aber was in agrarischen Dingen gilt, muß nicht auch in politischen gelten und es ist schon möglich, daß dieses Vorgehen des Herrenhauses seine Stellung nicht gefestigt, seinem jetzigen Charakter nicht die Gewähr längerer Dauer verliehen hat.

Natürlich war in dem Diätengesetz selbst nicht gut eine Begründung des vom Jaume gebrochenen Konflikts zu finden. Zwar unterließ es Graf Jord nicht, in großer Vornehmheit darauf hinzuweisen, daß die Abgeordnetenbezüge bis jetzt meist unter den 3000 M. geblieben sind, die ihnen die Vorlage geben will. Aber gegen die Höhe des Beitrages richtete sich der Angriff gar nicht, auch in der Hauptsache nicht gegen die Eisenbahnverkehrs im ganzen Staate und während der ganzen Session, wenn darüber auch der Herr v. Buch einige Worte verzapfte; schon gar aber kann doch das Herrenhaus nicht dagegen sein, daß ein wirklich beschlußfähiges Abgeordnetenhaus gesichert wird.

Aber darum handelt es sich gar nicht. Graf Jord sprach es in seiner langatmigen und Sembal, Carlisle und den Depeschenswechsel Gombers-Logien zitternden Rede rundweg aus: Das Herrenhaus sieht mit steigendem Entsetzen Deutschland in parlamentarische Bahnen eintreten und da will das Herrenhaus in keiner Weise mitmachen. Den Zusammenhang mit der Diätenvorlage fand Jord darin, daß nach den Erfahrungen im Reichstag ein Diätenpauschale dazu beitragen, die Verhandlungen mehr und mehr in die Ausschüsse zu verlegen. Und diese Ausschüsse beraten nicht nur — wenn sie bloß plapperten, hätte man wohl nichts dagegen — sondern sie regierten mit. Zwar ist es noch lange nicht so weit — mit Ausnahme des dem Grafen geradezu „revolutionär“ erscheinenden Hilfsdienstauschusses des Reichstags — aber dem Herrenhaus ist auch das schon zu viel. Und es war recht erbeten, wie scharf Graf Jord sogar die berühmte U-Boot-Aktion der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verurteilte. Er will, daß alles so bleibe, wie es einst war: am „geschriebenen Verfassungsdreieck“ hält er fest; er sprach allerdings nicht auch von der Gleichheit aller Staatsbürger, die auch geschrieben steht und die sonst das Herrenhaus weniger gekümmert hat.

Von Gegenstimmen hörte man nur den alten Juristen v. Hagens („innere Angelegenheit des anderen Hauses“) und den Unterstaatssekretär Drows, der in Ermangelung des erkrankten Ministers des Innern und sämtlicher anderen Minister — nur Schorlemer war eine Weile da — ob als Mitglied oder als Minister, ist nicht klar — die sachlichen Gründe der Vorlage darlegte und mit leiser Ironie die „schweren Bedenken“ abtat.

Aber was half's: am Schluß wurde das Gesetz gegen die Linke abgelehnt. Der feudale Handschuh flog der „Volksvertretung“, wie sie sich so gern nennt, ins Gesicht. Warten wir ab, was sie nun tun wird.

### Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses beriet über die Geschäftsfrage. Man einigte sich dahin, daß die dritte Lesung des Etats möglichst mit einer Rednerliste zu Ende geführt wird, und hofft, bis zum 15. März mit der Etatberatung fertig zu werden. Die nächstfolgenden drei Wochentage (16., 17., 19. März) sollen für Kommissionsberatungen bleiben und dann Anträge und das Eisenbahnleihegesetz zur Verhandlung kommen. Das Haus will am 22. März in die Osterferien geben. Während der Osterferien sollen die Kommissionen für das Fideikommissgesetz und das Wohnungsrecht tagen. Der Präsident soll ermächtigt werden, die erste Sitzung nach der Osterpause selbstständig anzuberaumen, aber nicht später als in der mit dem 28. April beginnenden Woche.

## Aus Groß-Berlin.

### Futterkastens Ende.

Winter klingelt es bei uns, das kleine, rotwangige Mädchen, und erbat sich den Schlüssel zu der Tür, die nach dem Hof führt. Es holte mit seinem „großen“ Bruder, einem vierzehnjährigen Jungen, das Futter für die dreizehn Kühe, die ihre Eltern im Stall stehen hatten. Sie schütteten es aus den Kisten in eine Kiepe, und vor dem Hause luden sie das Futter auf einen Wagen, der von einem bejahrten und phlegmatischen Gaul gezogen wurde. Ich kam mich noch sehr gut an den Tag erinnern, an dem im Hausflur unseres Aufganges die Verordnung über die Verwertung der Küchenabfälle angehängt wurde und der Futterkasten im Hofe aufgestellt fand. Natürlich hatte er die Farbe der „großen“ Zeit und auf seinem Deckel stand die Mahnung: Nur für Futter. Der häßliche Müllkasten wurde nach einem Kellerorraum verbannt, damit er die dekorative Wirkung des schmutzigen, feldgrauen Futterkastens nicht beeinträchtige. Ihm war ein Nivale erstanden, der einem höheren Zwecke dienen sollte. Und er hat auch eine zeitlang dem lieben Vieh das Durchhalten erleichtert. Hin und wieder fanden ihn die Kinder aus dem Kuhstall bis unter den Deckel voll mit Schalen, Blättern und Stielen. Als aber die Kartoffeln immer knapper wurden und alles Gemüse so sachte vom Lebensmittelmarkt verschwand, bekam der Kasten wenig mehr zu schlucken. Die Kinder kamen immer seltener und schließlich geriet er allseits in Vergessenheit. Jemand mußte ihm sogar einen Hieb oder einen wuchtigen Tritt verfehlt haben, denn er war lech geworden. Und eines Tages — in der kältesten Winterwoche — war er verschwunden. Spurlos verschwunden. Nur ganz gelegentlich machte die Portierfrau — die Krieter hatten ihn gar nicht bemerkt — die ungläubliche Entdeckung. Natürlich schlug sie Lärm pflichtgemäß. „Das ist doch reene nicht zu fassen“, sagte sie. „Aber, an was alles sich die Menschen jetzt vergreifen. Nicht anders, als daß einer Kleinholz aus dem Kasten gemacht hat. Am Anfang zwei haben sie noch ein Krieter ne alle Bettstelle aus dem Keller geklaut und zerhackt. Ich möchte wissen, wenn der Futterkasten in die Kiepe gestochen hat. Einzel, dem würde ich.“ Und sie machte eine ungewöhnliche Handbewegung. Die Zeiten sind so schlecht, daß sich viele helfen, so gut sie können, und hier glaubte ein praktischer Geist einen Gegenstand zeitgemäßer verwenden zu können, als in der Absicht der Obrigkeit gelegen hatte.

#### Der Kampf gegen den Schnee.

Im den Kampf gegen den Schnee unermüßlich wirksam aufnehmen zu können, hat sich die Direktion der Berliner städtischen Straßenreinigung an die Militärbehörde mit der Bitte um Hilfeleistung gewandt. Diese ist sofort bereitwillig gewilligt worden. Der Berliner Straßenreinigung sind sechzig Artilleriegepäckwagen und etwa hundert Mann zur Verfügung gestellt worden. Die Verwaltung war insofern, ihre 66 großen Schneepflüge in Betrieb nehmen zu können. Auch die Schulorganisation zur Beseitigung des Schnees ist wieder aufgerufen worden. Schon in den Vormittagsstunden waren auf den Schulhöfen die erforderlichen Geräte angeliefert und gegen Mittag traten die ersten Schülertropps in Stärke von je zwanzig Mann, jeweils unter Leitung der Turnlehrer, in Tätigkeit. Die Hilfe der Schüler findet bei der Stadt Berlin ganz besondere Anerkennung, weil die Jungen mit großen Eifer ans Werk gehen und bei dem letzten großen Schneefall viel mehr geschafft haben, als allgemein angenommen wird.

Die Verwaltung hofft, daß der diesjährige Aufbruch des Oberkommandierenden mehr Beachtung und Befolgung finden wird als der frühere, da die Freimachung der Straßen zur ungehinderten Heranführung der Materialen, Lebensmittel und Kohlen dringend erforderlich ist. Es konnte denn auch festgestellt werden, daß diesmal viel mehr Handarbeiter als beim letzten Schneefall mit ihren Handwerkzeugen, Föhnern und teilweise auch Wiernern bei der Schneebeseitigung tätig waren und nicht nur den Bürgersegen vor ihrem Hause, sondern auch einen Teil des Jahresbaumes geerntet haben.

In der weiteren Umgebung Berlins war der Verkehr nur durch Schlitten zu betriebsfähig. Viele Bahndienstleistungen, besonders in den Industrieorten Tegel, Wittenau, Reinickendorf usw., hatten sich telephonisch mit den entlegeneren Ortshäusern wegen der Überlastung von Schlittengepäckwagen in Verbindung gesetzt und bekräftigt sich dieser zur Beförderung der Materialien. Die Eisenbahndirektion Berlin konnte, soweit sich bisher feststellen ließ, den Verkehr aufrecht erhalten. Allerdings erlitten manche Züge zum Teil erhebliche Verspätung.

#### Pünktlichkeit bei der Volksspeisung.

Die Berliner Volksspeisung ist unermüßlich auch darin, daß immer mal wieder das Essen aus den Küchen zu spät nach den Ausgabestellen gelangt. Am Dienstag mußten bei der Ausgabestelle in der Kommandantenstraße viele Teilnehmer bis nach 1/4 auf Anlieferung der Speisen aus der Zentralmarkthallenküche warten, darunter so mancher, der seine Portion an der Ausgabestelle während seiner kurzen Mittagspause verzehren wollte. Eine Näherin erzählt uns, daß sie ihr Essen nur zum Teil noch reich herunter schlucken konnte und den Rest nach ihrer Arbeitsstätte mitnehmen mußte. Sie sagt auch, daß an dieser Ausgabestelle, trotz aller Unpünktlichkeit der Speisenauslieferung, Pünktlichkeit der Teilnehmerin gefordert wird, die ihr Essen dort verzehren: Nach 1/2 Uhr will man ihnen kein Essen mehr verabreichen, am Sonnabend aber wird die Verköstigung in der die Näherin bedrängt ist, unter Verzicht auf die Mittagspause um 1/2 Uhr geschlossen. Von vier Näherinnen, die täglich an der Ausgabestelle gemeinsam ihr „Diner“ entnehmen, mußte eine am letzten Sonnabend schon vorzeitig Feierabend machen, um für alle sich das Essen noch bis 1/2 Uhr unabhängig zu lassen und bis 2 Uhr dabei Wache zu halten. Sie ärgert es dann noch in der Ausgabestelle, weil sie es auf dem weiten Wege nach ihrer Wohnung nicht mitschleppen konnten. Der Wunsch, daß ein höherer mehr Rücksicht gelte und in der Ausgabestelle am Sonnabend die Essenszeit verlängert wird, ist sehr berechtigt. Man kann es den Arbeiterrinnen nicht verdenken, daß sie sich dagegen wehren, an diesem Tage auf das Volkshausessen und somit auf die im voraus hingebenen Abchnitte ihrer Fleisch- und Kartoffelkarten zu verzichten. Es würde, nachdem ihnen diese Abchnitte genommen sind, für sie auch schwer sein, sich zu Hause noch selber ein Mittagessen zu bereiten.

#### Opfer des Winters.

Infolge der rauhen Witterung dieses Winters haben die Erkrankungen der Armungsorgane und leider auch die Fälle tödlichen Verlaufes sich außerordentlich gemehrt. Für Berlin ist mit den Wochenberichten des statistischen Amtes der Stadt das Ergebnis der eingegangenen Meldungen erst für die Zeit bis nach Mitte Februar bekanntzugeben. Verfolgt man diese Berichte zurück bis in den Herbst v. J., so erkennt man von der ersten Hälfte des Dezember ab den Einfluß des Winterwetters. Ein Lungenerkrankung starben in den zehn Wochen vom 1. Oktober bis 9. Dezember 374 Personen, dagegen in den zehn Wochen vom 10. Dezember 1916 bis 17. Februar 1917 718 Personen. Daraus war im besonderen die vorletzte Woche mit 88 Sterbefällen und die letzte Woche gar mit 101 Sterbefällen beteiligt. Krankheiten des Kehlkopfes und der Bronchien verurteilten in der ersten Hälfte







800 Kinder jagdüber untergebracht werden. Der Magistrat sei überzeugt, daß das jedoch noch nicht genüge; er habe bereits erwogen, in welcher Weise hier weitergegangen werde könne und sei zu dem Entschluß gekommen, in den verschiedensten Stadtteilen geeignete Räume zu mieten und sie dann zu Krippen und Kinderhorten einzurichten. Von dem sozialdemokratischen Ratgeber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Frage von der sozialdemokratischen Fraktion bereits bei der vorjährigen Stadtberatung angefaßt worden sei. So begründend wie die heutigen Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters seien, bedauere er doch, daß nicht schon früher Schritte unternommen worden sind. Er hoffe aber, daß die Angelegenheit nunmehr schleunigst erledigt werde und bei der Aufnahme der Kinder weder nach religiöser noch politischer Anschauung der Eltern getrennt werde.

Eine weitere Vorlage galt der Fürsorge für den bedrängten Hausbesitz. Es wurde beschlossen, aus der städtischen Kriegsdarlehenskasse denjenigen Hausbesitzern, die mindestens seit dem 1. August 1914 im Besitz eines im Gemeindebezirk belegenen Grundstücks sind und seit dieser Zeit ununterbrochen am Orte ihren Wohnsitz haben, auf Vorschlag des städtischen Mietamtes ein Darlehen zu gewähren. Die Darlehen dürfen jedoch nur in Höhe der entstandenen und nachgewiesenen Mietaufschläge, die auf Kriegsteilnahme der Mieter zurückzuführen sind, bewilligt werden, sie müssen mit 5 Proz. verzinst und spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Wiederherstellung des Friedenszustandes zurückgezahlt werden. Mehr als 5000 M. dürfen dem einzelnen Eigentümer nicht gewährt werden. Zur Sicherheit der Darlehenskasse hat der Eigentümer eine Sicherheitshypothek innerhalb 90 von 100 des zur Grundsteuer veranlagten Wertes seines Grundstückes im Grundbuche eintragen zu lassen. Da die Vorlage bereits vorher einer Kommission vorgelegen hatte, gelangte dieselbe einstimmig zur Annahme. Des Weiteren wurde noch einstimmig beschlossen, dem Giroverband der Kommunalverbände der Provinz Brandenburg beizutreten.

Die Schwaburger Sparkasse hatte vor Ausbruch des Krieges Ende Juli 1914 einen Einlagenbestand von 72 Millionen Mark; am 3. März d. J., nach Abbuchung der fünf Kriegsanleihen, zu denen die Sporer 38 224 200 M. zeichneten, beträgt der Bestand 35 Millionen Mark, ist also unter Berücksichtigung der Kriegsanleihen um 13 Millionen Mark, ohne die um 51 Millionen Mark gewachsen. Neben den Zeichnungen der Sporer, zeichnete die Sparkasse aus eigenen Mitteln auf die fünf Kriegsanleihen 16 465 800 M., zusammen wurden also von der Kasse 54 690 000 M., fast 55 Millionen Mark gezeichnet. Die Zahl der Zeichnungen betrug 37 174.

Mitte März eröffnet die Kasse ihre fünfte Zweigstelle am Wannseebahnhof Großgörschenstraße.

Berleitung von Brotantrieb in Wilmersdorf. Demnächst gelangt für jedes Kind zwischen zehn bis zwölf Jahren ein Pfund Sirup zur Ausgabe. Die Anmeldebüchlein für die Buchstaben A—H können heute, von J—P am Montag und von Q—Z am Dienstag in den zuständigen Brotkommissionen in Empfang genommen werden. Die Anmeldung muß bis spätestens Donnerstag, den 15. März, bewirkt werden. Der Preis für ein Pfund Sirup beträgt 35 Pf. Die Verteilung von Runkelhonig erfolgt noch bis zum 15. d. M. abends.

Gruppen- und Gräberverkauf in Reinickendorf. Auf Abschnitt 31 der Lebensmittelliste wird ein halbes Pfund Gräber und Gruppen zum Preise von 15 Pf. abgegeben. Die Ablieferung der Abschnitte an die Kleinhandlery hat bis spätestens zum 12. März zu erfolgen. Die Abgabe der Ware an die Befestler erfolgt vom 16. März ab.

100 Proz. Einkommenssteuerzuschlag in Nieder-Schöneweide. Trotz oder besser infolge des Krieges ist die Gemeinde in einer günstigen Steuerlage. Sie kann wie im laufenden Jahre auch für 1917 mit einem Zuschlag von 100 Proz. auskommen. Die Nieder-Schöneweider Gemeindevertretung hat in ihrer gestrigen Sitzung diesen Satz beibehalten beschlossen und den Haushaltsplan auf dieser Grundlage festgesetzt.

Der Teltower Kreistag tritt zu seiner diesjährigen Haushaltsaufstellung Dienstag, den 27. d. Mts. zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben den alljährlich erforderlich werdenden Zahlen die Bewilligung von weiteren 20 Millionen für Familienunterstützung und die Haushaltspläne der Kreisverwaltung, die diesmal ohne Erhöhung der Kreissteuer aufgestellt werden konnten. Bis Ende Januar d. J. hat der Kreis Teltow für Familienunterstützungen 49 965 913 M. gezahlt. Davon sind aus Reichs- und Staatsmitteln 11 827 034 M. erstattet, so daß noch 38 138 879 M. bleiben. Für dieses Jahr sind weitere 20 Millionen erforderlich, um deren Bewilligung der Kreistag erucht wird. Die dem Kreistag ferner vorgelegte Rechnung der Teltower Kreis-Kommunalkasse für 1915 schließt bei einer Einnahme von 41 032 826 M. und einer Ausgabe von 40 932 817 M. mit einem Verbestand von 100 009 M. ab.

Geschäftsergebnis der Niederbarnimer Kreisparlase. Die Niederbarnimer Kreisparlase erstattet heute ihren Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1915/16. Danach sind die Spareinlagen von 36,6 Millionen auf 59 678 800 M. Ende März 1916 gestiegen. Der Zuwachs beträgt demnach trotz den Einzahlungen auf die Kriegsanleihen 3 077 543 M. Die Neueinzahlungen beliefen sich auf nicht weniger als 33,3 Millionen Mark, die Rückzahlungen einschließlich der Kriegsanleihezeichnungen auf 37,3 Millionen M. 79 501 Einzahlungen standen 39 827 Rückzahlungen gegenüber. Die Sparbücher vermehrten sich von 85 403 auf 5131 auf 90 533 Stück. Das Durchschnittsguthaben eines Sparbuchs ist von 663 M. auf 659 M. zurückgegangen. Nach dem Haushaltsplan der Sparkasse für 1917 wird sich die Zahl der Sparer Ende März d. J. auf 106 000 mit einem Einlagenbestand von 61 Millionen belaufen. Gegenüber dem letzten Friedensjahr 1913/14 bedeutet das eine Zunahme von 26 000 Sparem und einen Einlagenzuwachs von rund 10 Millionen Mark. Die Schulparlase des Kreises Niederbarnim hatten Ende März bei der Kreisparlase ein Sparguthaben von 300 807 M. Im Verlehe befanden sich 2255 Heimspargbüchlein.

### Groß-Berliner Parteinahrichten. Wahlhilfe in Spandau-Osthavelland.

Am Mittwoch, den 14. März, ist in Spandau-Osthavelland die Reichstagswahl. Hilfskräfte werden dringend gebraucht.

Wer sich am Wahltag zur Verfügung stellen kann, möge sich melden durch Postkarte oder telephonisch:

Amt Roritzplatz 151 90—97  
" " " 147 14  
" " " 148 38  
" " " 18 63

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.  
J. A.: Otto Weis, Lindenstr. 3.

### Parteigenossen Groß-Berlins!

Wir ersuchen dringend: meldet Euch ungefäumt; sorgt in Eurem Wirkungskreise für fräftige Mitarbeit am Wahlkampf.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation  
Groß-Berlins.

J. A.: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

## Gerichtszeitung.

„Nützliche gestohlene Lebensmittel“ oder „Hehlerei“? Das Landgericht in Berlin hatte die Witwe W. wegen Hehlerei verurteilt, weil sie Fleisch und Eier, die ihr unmündiger Sohn gestohlen hatte, an sich nahm und im Haushalt verwendete. Auch Kleingeld, das ihr der Sohn gegeben hatte und das ebenfalls aus einem Diebstahl herrührte, hatte sie für den Haushalt verwendet. Das Landgericht glaubte es ihr nicht, daß sie von dem unredlichen Erwerb keine Kenntnis hatte. Die Angeklagte legte Revision ein und ihr Verteidiger machte geltend, daß nach Reichsgerichtsentscheidungen der bloße Nützlichkeitsgestohlene Lebensmittel den Begriff der Hehlerei nicht erfüllt. Das Kammergericht aber verwarf die Revision der Angeklagten mit folgender Begründung: Der bloße Nützlichkeitsgestohlene Lebensmittel sei allerdings noch keine Hehlerei. Es sei aber nicht ein bloßer Nützlichkeitsgestohlene Gegenstand, wenn die Mutter des Diebes sie an sich nehme und in dem Haushalt verwende, dem sie vorlebe. Mit Recht habe das Landgericht im vorliegenden Falle Hehlerei angenommen.

Das Kostgeld des Lehrlings ist kein Arbeitslohn. Als infolge der Wehrverordnungs die Arbeitszeit in den solche Stoffe verarbeitenden Betrieben verkürzt werden mußte und deshalb die Arbeitslöhne entsprechend herabgesetzt wurden, machte die Firma Fr. Dahn am Alexanderplatz den Lehrling in ihrer Modewarenabteilung auch Abzüge vom Kostgeld, welches im ersten Lehrjahr 15 M., im zweiten 25 M. monatlich beträgt. In einem Falle, der zur Entscheidung des Gewerbegerichts kam, wurde die Firma verurteilt, den gemachten Abzug nachzuzahlen. In der Verhandlung des Urteils wurde gesagt: Die der Klägerin zustehenden 25 M. monatlich seien im Lehrvertrage ausdrücklich als Entschädigung für den Lebensunterhalt bezeichnet. Eine solche Entschädigung sei kein Arbeitslohn, also dürfe sie nicht wegen Verkürzung der Arbeitszeit herabgesetzt werden.

## Aus aller Welt.

### Das Los der nach Sibirien Verbannten.

Aus russischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Zahl der nach Sibirien Verbannten ist Legion. Der vereiste Norden dieses Landes ist zum Treffpunkt aller Rationalitäten Rußlands geworden. Tausende von Fremdstämmigen mußten zu Fuß den weiten Weg in die sibirischen Wälder wandern, um dort ein jammervolles, elendes Leben zu führen. Wahlos und rücksichtslos hat die russische Regierung seit Ausbruch des Krieges ihre nicht-russischen Untertanen in jene Gebiete verbannt und sie dort dem Untergang geweiht. Es handelt sich um kaum bewohnte Landstriche im hohen Norden Sibiriens, wo die Bestriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse nur möglich ist bei einem engen gegenseitigen Zusammenhalt der Verbannten. Der einzelne ist seinem Schicksal preisgegeben, da sein Zwangswohnort oft 1000 und mehr Kilometer von den Eisenbahnen entfernt liegt und ihn im besten Falle alle zwei bis drei Monate einmal die Post erreicht. Naturgemäß hat der Kampf ums Dasein die Verbannten gezwungen, sich auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenzutun, doch hier hat wieder in brutaler Weise die Regierungsgewalt eingegriffen. So hat die Administration des Gouvernements Tomsk den Verbannten des im Norden gelegenen Taruchangebiets verboten, als Mitglieder in Genossenschaften einzutreten („Rjetich“, Nr. 43, 1917). Damit ist bewirkt ein weiterer Schritt zum Untergang der Verbannten getan.

Tod durch Verbrennung. Ein schweres Brandunglück hat sich in Freienwalde ereignet. Die dort in der Brigräger Straße wohnende 68jährige Frau Wilhelmine Gilgan hatte sich an den Ofen vor die offene Feuerung gestellt, um sich zu erwärmen. Dabei fingen ihre Kleider Feuer und plötzlich stand die Frau in Flammen. Erst nach einiger Zeit wurden ihre Glieder brennend brennend. Die Greisin hatte jedoch am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie an deren Folgen bald darauf starb.

Brand einer Wagenfabrik. Freitag abend gegen 8 Uhr brach, wie aus Effen gemeldet wird, in der umfangreichen Wagenfabrik der Expeditionfirma van Cuyen in der Landenstraße aus bisher unbekannter Ursache ein Großfeuer aus, das im Laufe von drei Stunden die Wagenfabrik und die reichen Vorräte vollständig in Asche legte. Der Betrieb der Firma bleibt voll aufrecht erhalten. Brandstiftung ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen.

Wieder flott. Rotterdam, 9. März. Die Direktion der Holland-Amerika-Linie erhielt die Nachricht, daß die Deuselbiff, die mit Reizungsgetreide bei Halifax gestrandet war, wieder flott geworden ist. Die Ladung ist durch eingedrungenes Wasser beschädigt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. März, vormittags 9 Uhr, Pappellacke 15/17, ferner Reußstr. 1, Nordbahn, Reichstraße 8 und Oberkornweide, Alarstr. 2; Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10<sup>15</sup> Uhr, Kleine Franzfurter Straße 6: Vortrag von Frau Maria Krüger: „Freiheit und moderner Protestantismus“. Gäste willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

England und Wir. Kriegsbeobachtungen eines Sozialisten von Max Sahpel. 2 B. E. Pöcher, Berlin W.  
Vierhundert Jahre. Roman von Robert Jacques. 350 M. Verlag E. Pöcher, Berlin W.  
Grundzüge der Hygiene. Von Dr. H. Prausnitz. 11 M. Verlag J. F. Lehmann, München SW 2.  
Wohnstätten des Lebens. Dr. Th. Krieb. 2 M. Verlag Theod. Thomas, Leipzig. (Beilage zur „Natur“, Galmontsdruckerei.)  
Die ersten Tage. Von E. Jacobson. 50 Pf. Verlag Neuf u. Jule, Romberg a. S.  
Deutschlands akademische Jugend 1813, 1870, 1914. Von Dr. J. Gessien. 50 Pf. Verlag D. Barfentens, Rostock.  
Die Unbegründungsgeschichte? Von Prof. Dr. J. Silbergleit. 50 Pf. Verlag Natur Collignon. Berlin W 62.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für die Verhältnisse bestimmten Antrags ist ein Rückhalt und eine Post als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsausstellung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. R. 2. Schlechte Zähne, landwirtsch. — Haus Rietz. Rein. Der Kinderjunge kann nur durch einen Notar ein Testament aufstellen lassen. — R. 2. 100. Sie sind zur Steuerzahlung verpflichtet. — W. 2. Bedingung ist, daß sechs Jahre aktive Dienstzeit nachgewiesen werden, und daß der eine Sohn, für den die Witwensrentenentschädigung verlangt wird, jetzt aktiv dient. — R. 2. 22. Die Rentenversicherung kann in diesem Falle die Entschädigung verweigern; Sie können dagegen mit Erfolg nichts unternehmen. — R. 2. 3. 1. Sie können das Kind adoptieren. 2. Ja, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — R. 14. Sie können sich an den Vorstand der Anwaltskammer, Schöneberger Ufer 40, wenden. — R. 20. Ihre Anfrage eignet sich nicht zur Beantwortung in Briefkasten. Sie müssen persönlich zu uns kommen. — W. 6. Die Mietsunterstützung kann Ihnen in dem Maße gestiftet oder auch gänzlich entzogen werden. — R. 2. 38. Im allgemeinen werden dafür keine besonderen Nachmittels verabschiedet, nur nach besonderer Bekanntmachung als Urlaub für lebende Kartisten. — R. 2. 35. Das wollen wir nicht, darüber müssen Sie sich beim Polizeipräsidenten erkundigen. — R. 2. 15. 1. Die Anerkennung der Vaterchaft kann der Mutter gegenüber erfolgen. 2. und 3. Der Antrag ist in Ihrem Falle an die Gemeindebehörde zu stellen. — R. 21. Sie halten als Vater zunächst für die Schuld und könnten dann Ihre Forderung nur gegen die Frau geltend machen, wenn durch Zeugen bewiesen werden kann, daß sie für die Zahlung Pfürgschaft geleistet hat. Nach Einleitung des Betrages ist der Zahlungsbefehl erlosch. Sie sind aber zur Zahlung der Kosten verpflichtet. — R. 2. 2. 3. 1. Ja. 2. Ja, keine Rückzahlung, für keine Forderung. 2. und 3. Nein. — R. 1917. Das Verpflegungsgeld für Urlaube ist nicht erhöht worden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittags. Teilweise auflarend, jedoch überwiegend bewölkt, mit hier wiederholten, meist geringen, nur im Nordosten und Süden stärkeren Schneefällen; leichter Frost.



Am 8. März, mittags 12 Uhr, verschied nach kurzem Leiden der Begründer unserer Gesellschaft

Se. Exzellenz

# Graf Zeppelin

Tieferschüttert stehen wir an seiner Bahre. Wir verlieren in ihm einen wohlwollenden Chef und hilfsbereiten Berater und werden ihm über das Grab hinaus dauernd ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Arbeiterschaft  
des Luftschiffbaues Zeppelin G. m. b. H.  
Staaken.

7301.

Trauriges Gedenken  
am  
28. Geburtstage 10. 3. 89  
unseres lieben, guten, treuen  
Sohnes, unseres einzigen Kindes,  
meines lieben Valens

## Bruno Hiller

gefallen als Landsturmmann im  
37. Inf.-Reg. bei einem Sturm-  
angriff.

Du edler Junge, vergebens war  
nun all Dein Schaffen.  
Den Lohn von all dem Können  
mußt Du nun andern überlassen.  
Wer viel verloren, leidet unermessen,  
Für solches Leiden gibt es kein Vergessen.

Die Geschichte wird ihr Urteil  
über die Schuldigen sprechen.  
Ruhe sanft auf fremder Flur!  
In tiefem Schmerz

Deine lieben Eltern  
Robert Hiller nebst Frau  
und Deine kleine dreijährige  
Tochter Eleonore. 1916

Verein der in Schriftgiebereien  
beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Berlins.

Am 7. März verschied plötzlich  
und unerwartet unser Mitglied,  
der Schriftgießer

## Otto Kull.

Sie werden sein Andenken in  
Ehren halten.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des alten Jakobikirchhofes,  
Reußstr., Berliner Str. 2/6, aus-  
stätt. 290/2

Der Vorstand.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann  
für Haut-, Hals-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Wehrkranken,  
Ehrlich-Hata-Kuren  
(Dauer 12 Tage), Behandlung  
schnell, sicher und schmerzlos  
ohne Berufsunterbrechung.  
Königstr. 34-36. Städt. Hof.  
Spr. 10—1 p. 5—8, Sonnt. 10—1.

## Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,

Friedrichstr. 90

direkt am  
Eisenbahnhof

Behandl. von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, spez. chron.  
Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, scharf-  
lose, kürzeste Behandlung ohne Be-  
rufsunterbrechung. Blutunterstützung, Koll.  
Breite, Teilzahlung. Sprechstunden  
10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

## Heizungs-Monteur

verlangt  
Peschke, Stromstr. 26.

## Tauftragung.

Für die vielen freundlichen Be-  
weise herzlichster Teilnahme bei dem  
Begräbnis meines lieben Mannes  
und guten Vaters

Gustav Martin

sagen wir allen, besonders auch den  
Kollegen vom Norddeutschen Relä-  
wert sowie vom Deutschen Reichs-  
arbeiter-Verbande, hierdurch unseren  
besten Dank. 1917

Else Martin geb. Aurich  
und Tochter Käthe  
sowie Mutter und Angehörigen.

## Briefmarken-

Sammlung, auch einzelne Marken von  
1890—1899 zu kaufen gesucht. Off. 1718  
an Hausmannstr. 6/Vogler, Berlin W. 35.

Am Dienstag, den 6. März,  
verstarb unser langjähriger Kol-  
leuze, der Kollege

## Franz Manthey.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. März, nach-  
mittags 4 Uhr, vom neuen Jakob-  
kirchhofe, Hermannstraße, aus-  
stätt. 181/12

Sie werden sein Andenken stets  
in Ehren halten.

Die Bezirksleitung des 6. Bez.  
des Deutschen Metallarbeiter-  
Verbandes.